

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 173 SONNTAG, 4. Oktober 1936

Aus dem Inhalt:
Der Währungsfrieden
Ein glückliches Volk
Schnorrer-Sozialismus
Der Spaziergang nach Paris

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Der Angriff der Gegenrevolution

Zynischer Bruch des Nichtinterventionsabkommens — Spanien klagt an

In der am 28. September in Paris abgehaltenen gemeinsamen Konferenz des IGB und der SAI wurde nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen.

Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, in Paris am 28. September versammelt, bekräftigen ihre Erklärung vom 28. Juli 1936, daß entsprechend den geltenden Bestimmungen des Völkerrechts die rechtmäßige Regierung Spaniens in der Lage sein muß, sich die zu ihrer Verteidigung notwendigen Mittel zu beschaffen. Diese Regierung vertritt die überwältigende Mehrheit des spanischen Volkes ohne Rücksicht auf politische und religiöse Unterscheidungen.

Nachdem sie die Berichte der Genossen Pascual Tomas (Delegierten des spanischen Gewerkschaftsbundes) und Jimenez de Asua (Delegierter der spanischen Sozialistischen Partei) gehört haben, verweisen die beiden Ausschüsse mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der Erklärung, die der spanische Außenminister vor dem Völkerbund abgegeben hat: daß die Generale, die sich gegen die am 14. Feber von den Wählern berufene rechtmäßige Regierung erhoben haben, von seiten Deutschlands und Italiens (direkt oder durch Vermittlung Portugals) mit Waffen, Flugzeugen und Tanks beliefert worden sind, und zwar auch noch, nachdem diese Staaten das Nicht-einmischungsabkommen unterzeichnet hatten.

Es ist Pflicht aller Regierungen, insbesondere der französischen Regierung und der englischen Regierung, diese schwerwiegenden Beschuldigungen sofort zu prüfen. Das internationale Abkommen unter den Mächten, keine Waffen nach Spanien zu liefern, ist abgeschlossen worden, um die Gefahr eines allgemeinen Krieges abzuwenden und ist nur so lange verpflichtend, als es von allen loyal eingehalten wird. Die Verletzung dieses neuen internationalen Abkommens durch Deutschland und Italien muß unweigerlich zu einer Ueberprüfung der Sachlage durch die andern Mächte führen.

Die SAI und der IGB versichern die spanische Arbeiterklasse ihrer vollsten Solidarität in ihrer heldenhaften Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte des spanischen Volkes. Die internationale Arbeiterbewegung ist in diesem Kampfe nicht neutral und kann niemals neutral sein!

Hinter dem Schleier der diplomatischen Reden in Genf sollte die schrecklichste Niederlage des Rechts und des Friedens verborgen werden. Die spanische Tragödie nähert sich dem Höhepunkt.

Deutsche, italienische Tanks, geführt von deutschen und italienischen Mannschaften, rollen zum Angriff auf Madrid, deutsche und italienische Flugzeuge, geführt von deutschen und italienischen Piloten, werfen Bomben auf spanische Städte, auf die Verteidiger der Freiheit.

Der deutsch-italienisch-

portugiesische Angriffs-krieg gegen das demokratische Spanien wird immer gefährlicher. Farbige Truppen aus Marokko, deutsches und italienisches Kriegsmaterial, Offiziere und Instrukteure bilden den Kern der Truppen der rebellischen Generale. Deutschland und Italien sorgen für den Nachschub von leichten und schweren Waffen und Munition, Portugal hat auf seinem Gebiet die Organisation der Angriffstruppen gestattet, auf portugiesischem Gebiet sind die Verpflegungs- und Nachschubzentren der Rebellen, ihre Flugbasen, ihre Etappe. Portugal ist die Basis des Angriffs auf Madrid. Die französische wie die englische Regierung wissen es. Die Noten, die der spanische Außenminister del Vayo ihnen in Genf überreicht hat, beweisen es mit erdrückendem Material.

Diese Noten sind von den Regierungen streng geheim gehalten worden. Der englische Außenminister Mr. Eden hat den spanischen Außen-

minister lange bearbeitet, um ihn von der Nennung der schuldigen Länder vor dem Plenum des Völkerbundes abzuhalten. Der spanische Außenminister hat sich das Recht, über das Thema Spanien vor der Völkerbundsversammlung zu reden, erst gegen die Schiebungen und diplomatischen Winkelzüge der konservativ-reaktionären Kräfte im Völkerbund erkämpfen müssen. Zu dem offenen Bruch des Rechtes und der Verträge durch die Angreifermächte gesellte sich das Streben aller konservativen Elemente, sich durch Schweigen und Vertuschen der Wahrheit zu Komplizen der Gegenrevolution zu machen.

Die Rede del Vayos vor der Völkerbundsversammlung hat den Schleier zerrissen. Sie läßt erkennen, daß in Spanien die Gegenrevolution einen Eroberungskrieg für ihre Sache führt. Sie enthüllt, daß die Gegenrevolution den Ideenkampf führt, vor dem die auf der Idee der Demokratie ruhende französische Volkfrontregierung aus ideeller Schwä-

che zurückgeschreckt ist. Sie zeigt, daß Deutschland und Italien, die beide das Nichtinterventionsabkommen über Spanien unterzeichnet haben, dies Abkommen mit größtem Zynismus tagtäglich gebrochen haben. Die französische Politik, die die Initiative zu diesem Abkommen getroffen hat, hat damit der spanischen Freiheit einen furchtbaren Stoß versetzt. Auf die Anklagerede del Vayos hat der unglückselige französische Außenminister Delbos nur mit zwei kurzen nichtssagenden kläglichen Sätzen geantwortet, die den völligen Zusammenbruch seiner Politik mehr aufzeigen als verbergen.

Was aber ist das gesamte diplomatische Spiel der demokratischen Mächte wert, das auf die Einbeziehung von Deutschland und Italien in Sicherheits- und Friedenspakete abzielt? Was sind Verträge wert, die mit Mächten geschlossen werden, die feierlich eingegangene Verträge vom Tage der Unterschrift an wie Fetzen Papier behandeln?

Die Anklage Spaniens

Rede des spanischen Außenministers del Vayo

Angesichts der Verschwörung des Schweigens aller konservativen Kräfte gegen die Entlarvung des faschistischen Angriffs auf Spanien veröffentlichen wir die Rede, die der spanische Außenminister del Vayo auf der Völkerbundsversammlung in Genf gehalten hat.

Die spanische Regierung vertritt und symbolisiert die Sache des Friedens. Das mag als ein grausames Paradox erscheinen, aber für diese Sache schlagen sich von einem Ende Spaniens bis zum anderen alle diejenigen, die entschlossen sind, lieber zu sterben, als sich durch die Gewalt ihren Glauben an die Demokratie, an die Freiheit im Innern und ihre feste Anhänglichkeit an den Frieden als höchster Regel ihrer Außenpolitik entreißen zu lassen. Ich habe mit meinen eigenen Augen den Preis gesehen, den man für die Freiheit und den Frieden zahlt.

Niemand wird mit Recht dem spanischen Volk vorwerfen können, das heute dieses Ideal mit Waffen in der Hand verteidigt, so wie es dies gestern mit dem Stimmzettel getan hat, daß es anderen sein eigenes Ideal aufzwingen wolle, mit Gewalt, mit dem Mittel der Verschwörung und der Intrige oder gar, indem es auf fremden Gebiet am Bürgerkrieg teilnimmt. Kein Land, so verschieden auch sein inneres System von dem unseren sein möge, hat zu fürchten, daß Spanien, das wir vertreten, in seine inneren Angelegenheiten eingreifen werde. So viel Grund die spanische Regierung auch hätte — und der Gründe sind viele, und die Beweise häufen sich turnhoch — um eine Haltung zurückzuweisen, die sowohl mit den Regeln des internationalen Lebens wie mit den Pflichten, die die Teilnahme am Völkerbund uns allen auferlegt, unvereinbar sind, so ist doch für uns die Souveränität jeden Landes ebenso heilig wie unsere eigene Unabhängigkeit. Dies gilt besonders von unseren unmittelbaren Nachbarn.

Wir respektieren alle Doktrinen der anderen, aber wir verlangen den gleichen Respekt gegenüber der unseren. Nach allen demokratischen Regeln

haben wir volle Autorität im Namen des spanischen Volkes zu sprechen. Der Bürgerkrieg ist uns auferlegt worden. Nicht wir sind es, die den Kampf begonnen haben, sondern jene, die nicht den Willen des spanischen Volkes annehmen wollten, und die schon vor den Wahlen, so wie es die Ueberfülle der politischen Dokumente beweist, die in die Hände der Regierung gefallen sind, nur daran gedacht haben, sich gegen die Nation zu erheben und ihre Vorbereitung zum militärischen Staatsstreich zu vervollständigen. Die historische Verantwortlichkeit für das in Spanien vergossene Blut fällt also ausschließlich auf jene, die sich in Waffen gegen die konstitutionelle republikanische Legitimität erhoben haben.

Die schmerzliche Erfahrung, die wir gemacht haben, führt uns zu der Frage, ob in Zukunft die Kriege klassischer Form — der Angriff eines Staates durch einen anderen — noch auftreten werden. Die gegenwärtige Realität, die harte Realität meines Landes, zeigt, daß dies schon nicht mehr der Fall ist und auch in Zukunft nicht sein wird. Der zukünftige Krieg, der seiner Erscheinungsform nach der Zusammenstoß zweier Staaten sein kann, wird der Zusammenstoß, der Konflikt, der in der Geschichte immer dramatische Widerspruch von zwei Ideologien, zwei Geisteshaltungen, zwei bestimmten Weltanschauungen sein. Der Zyklus der nationalen Kriege verschwindet allmählich. So wie im 16. Jahrhundert Europa sich um zwei religiöse Ideale gruppierte, den Katholizismus und den Protestantismus, so kann man sagen, daß jetzt die Menschen sich um zwei politische Ideale sammeln: die Demokratie und das Regime der Unterdrückung.

Da die Dinge so liegen, muß man sich fragen, ob es richtig ist, immer noch vom Kriege als von einer zukünftigen Eventualität zu sprechen, und ob es nicht ehrlicher wäre, den Krieg als eine schon unter unseren eigenen Augen existierende Realität anzusehen. Die blutigen Schlachtfel-

der von Spanien sind schon in der Tat die Schlachtfelder des Weltkrieges.

Man wird sagen, das ist nur ein Bürgerkrieg. Ist dies tatsächlich der Fall? Ist es wahr, daß das, was die Spanier trennt, etwas ist, das sie allein angeht? Warum denn hat sich der Kampf in Spanien so rasch in eine der schwersten, um nicht zu sagen in die schwerste der aktuellen internationalen Fragen verwandelt?

Die Wahrheit ist, daß die mühselige und schwierige Entwicklung der demokratischen Organisation, für die das spanische Volk sich frei entschieden hat, seine Gegner dazu verführt hat,

einen wahrhaft verbrecherischen Angriff im Namen des gegnerischen Prinzips zu vollführen.

Das Mittel dieses Angriffs ist die Armee gewesen. Das Volk das seinen Einrichtungen treu ist, hat ihm unter Bedingungen Widerstand geleistet, die wahrscheinlich einzigartig in der Geschichte sind. Dieser Kampf hat sich, nachdem er begonnen hatte, sofort in eine internationale Frage verwandelt. Der Angreifer — in diesem Falle die rebellierende Armee — hat, und das ist eine unstreitbare Tatsache,

moralsche und materielle Hilfe von Staaten erhalten, deren politisches Regime jenem gleicht, das die Rebellen anstrebten.

Ein solches Verhalten schließt die Vereinigung der wesentlichsten Grundlagen und Regeln jeder internationalen Zusammenarbeit in sich, es ist folglich unvereinbar mit der Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen, die auf die Gerechtigkeit und die Ehre gegründet sind.

Aber ich würde meine Pflicht zur Offenheit verletzen, wenn ich nicht die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Konsequenzen lenken würde, die eine internationale Situation, so wie sie im Falle Spanien getroffen worden ist, für die zukünftige Organisation jedes Systems der kollektiven Sicherheit nach sich ziehen muß. Es ist

Der Währungsfrieden

Der Weg zur Wiederherstellung der Goldwährung

grundlegend, daß ein System der kollektiven Sicherheit, das den Völkern das Vertrauen wiedergeben soll, vor allem die Staaten gegen die Gefahren von Bewegungen schützen muß, die im Innern von Außen her aufgereizt und unterstüzt werden. Der Frieden verlangt gebieterisch das Ende eines Zustands der Dinge, in dem zivile oder militärische Elemente, die zum bewaffneten Umsturz der rechtmäßigen Regierung ihres Landes getrieben werden.

bei völliger Indifferenz der ganzen Welt die moralische und materielle Unterstützung fremder Regierungen empfangen können, deren politische Ideologie mit der der Rebellen übereinstimmt. Ein System der kollektiven Sicherheit, das einer solchen Eventualität nicht Rechnung tragen würde, wie sie im Fall meines Landes schon verwirklicht ist, müßte zu einem Weltbetrug führen.

Die Politik der Nichtintervention! Ich spreche hier zu einer Versammlung von Staatsmännern, vor Regierungsvertretern, auf deren Schultern die Verantwortung für die Wohlfahrt und die Ordnung in ihren Ländern ruht. Wer von ihnen wird nicht verstehen, daß wir, die wir für die Zukunft Spaniens und des spanischen Volkes verantwortlich sind, das, was man die Nichtintervention genannt hat, als eine Politik der Intervention zum Schaden der verantwortlichen und konstitutionellen Regierung bezeichnen? Wer von ihnen wird nicht erkennen, daß es für uns absolut unzulässig ist, daß man uns auf eine gleiche Ebene stellen will mit jenen, die, indem sie ihren Eid auf die Republik verletzt haben, sich mit den Waffen in der Hand erhoben haben, um unsere Freiheit zu zerstören? Wer unter den Staatsmännern hier im Saale würde es hinnehmen, daß Generale, nachdem sie ihren Eid auf die Verfassung geleistet haben, diese Verfassung umzustürzen versuchen, indem sie in das Land zu vielen Tausenden Truppen führen, die der Nation fremd sind, und die sie von einem anderen Kontinent hergeholt haben?

Ich verbeuge mich vor dem edlen und allgemeinen Ziel, das die Initiative der Nichtintervention hervorgerufen hat, aber ich muß mit tiefer Bitterkeit die verhängnisvollen Ergebnisse sowohl für mein Land wie für die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit feststellen. Die juristische Ungeheuerlichkeit der Formel der Nichtintervention springt in die Augen. Sie stellt die verfassungsmäßige Regierung meines Landes gleich mit Rebellen, zu deren Niederkämpfung jede Regierung, die dieses Namens nur würdig ist, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat. Juristisch genommen bedeutet die Nichtintervention so wie sie im Falle Spaniens angewandt worden ist, eine Neuerung für das in Kraft befindliche Völkerrecht, insoweit sie den Entschluß bedeutet, einer verfassungsmäßigen Regierung Aktionsmittel zu verweigern.

Aber kann man, wenn man der praktischen Anwendung dieser Formel auf den Grund geht, und angesichts ihrer Ergebnisse, sie immer noch als ein Abkommen der Nichtintervention bezeichnen? Die Nichtintervention müßte darin bestehen, die innere Situation eines Landes vollkommen zu ignorieren und den zuvor geschlossenen Handelsabkommen ihren juristischen und ihren normalen Wert zu belassen. Wir würden eine strenge Politik der Nichtintervention annehmen. Wir haben von niemanden Intervention oder Hilfe verlangt. Aber, wenn das normale Regime der Handelsbeziehungen mit Spanien plötzlich unterbrochen wird, wenn die Ausfuhr von Kriegsmaterial für die spanische Regierung plötzlich aufhört, wenn die Kontrakte, die von der spanischen Regierung schon vor dem Abkommen geschlossen worden sind, plötzlich annulliert werden, dann muß uns gestattet sein, ein für allemal zu erklären,

daß diese Politik der Nichtintervention einzig zum Schaden der Regierung und folglich zum Nutzen der Rebellen gemacht worden ist.

Daß man eigens die Verpflichtung unternimmt, die Lieferung von Kriegsmaterial für Rebellen, die sich gegen eine anerkannte und befreundete verfassungsmäßige Regierung erhoben haben, nicht zu autorisieren, das heißt, daß man sich verpflichtet, eine verfassungsmäßige Regierung in verhüllter Form nicht anzugreifen, das zeigt nur, bis auf welches Niveau man in der Erfüllung internationaler Verpflichtungen herabgestiegen ist. Eine solche Verpflichtung nimmt den Rebellen nichts von dem, was sie sich sonst verschaffen könnten, sie kommt einzig der Verpflichtung gleich, eine der elementarsten Verpflichtungen nicht zu verletzen. Wenn man gleichzeitig die Ausfuhr von Kriegsmaterial für eine verfassungsmäßige Regierung unterbindet, so heißt das, daß man sie der unent-

In der Nacht vom 26. auf den 27. September, fast auf den Tag fünf Jahre nach der Freigabe der englischen Goldwährung, hat die französische Regierung die Abwertung des Francs beschlossen. Der Goldgehalt des Francs, der bisher 65,5 Milligramm betrug, wird um etwa ein Drittel herabgesetzt. Der neue Goldwert soll zwischen 43 und 49 Milligramm betragen, die endgültige Festlegung wird erst in einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Nach kurzem Zögern ist die Regierung der Schweiz dem französischen Beispiel gefolgt, auch der Schweizer Franken wird um ungefähr 50 Prozent abgewertet. Die holländische Regierung hat zunächst ein Goldausfuhrverbot erlassen, es unterliegt also kaum einem Zweifel, daß der holländische Gulden das gleiche Schicksal erfahren wird. Der Goldblock ist gewesen.

Bei der Beurteilung muß man die internationalen Wirkungen von den innenwirtschaftlichen und politischen scheiden. International ist es bedeutsam, daß die französische Währungsänderung im Einvernehmen mit den Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten vorgenommen worden ist. In einer Erklärung, die das Resultat langer Verhandlungen ist, die, wie man jetzt erfährt, schon im Juni eingeleitet waren, geben die beiden Regierungen der französischen die Zusage, daß sie ihrerseits das größtmögliche Gleichgewicht auf dem internationalen Währungsmarkt erhalten und alles vermeiden werden, was dieses Gleichgewicht auf Grund einer englischen oder amerikanischen Währungshandlung stören könnte. Die englische und die amerikanische Regierung werden also eine Politik der tatsächlichen Währungsstabilität befolgen und ihrerseits jeden neuen Währungskrieg vermeiden. Damit sind in dem großen Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft, die außerhalb der Devisenzwangabewirtschaftung und des mehr oder weniger vollständigen Außenhandelsmonopols geblieben ist, die Währungsbeziehungen und -krisen, die sie so oft erschüttert haben, wohl definitiv beseitigt, vorausgesetzt allerdings, daß es der französischen Innenpolitik gelingt, die neue Parität auch sicher zu erhalten.

Die Währung, nach der sich die anderen Währungen und damit die Wechselkurse orientiert hatten, war die französische Goldwährung. Von jetzt an wird es die Dollarwährung sein. Nun besagt die amerikanische Erklärung, daß von der noch bestehenden Ermächtigung des Präsidenten, den Goldgehalt des Dollar um 10 Prozent herabzusetzen zu dürfen, kein Gebrauch gemacht werden wird. Damit wird aber die Dollarwährung tatsächlich wieder zu einer reinen Goldwährung, und die amerikanischen Währungsbehörden haben auch bereits seit mehr als einem Jahre die Dollarwährung streng nach den Gesetzen der Goldwährung gehandhabt.

behrlichsten Elemente beraubt, um die öffentliche Ordnung im Innern des Landes sichern, ohne zu sprechen von dem Angriff auf die normalen Handelsbeziehungen, die das Verbot des Kaufs von Kriegsmaterial durch eine legale Regierung bedeuten. Es war bisher einstimmig anerkannt, daß eine solche Handelsoperation sich im Rahmen der normalen Handelsbeziehungen zwischen den Ländern hält.

In der Praxis ist das, was man die Nichtintervention nennt, zu einer effektiven, direkten und positiven Intervention zugunsten der Rebellen geworden.

In den Noten, die ich im Namen meiner Regierung den Mächten habe zugehen lassen, die das Nichtinterventionsabkommen unterzeichnet haben und die ich zur Verfügung des Völkerbundssekretariats stelle, damit es sie den Mitgliedern des Völkerbundes zur Kenntnis bringe, ist diese Politik der Nichtintervention ausdrücklich als eine tatsächliche Blockade gegen die spanische Regierung bezeichnet worden. Diese Noten, sowie die damit verbundenen Noten liefern Beweise für die Art und Weise, wie das Nichtinterventionsabkommen in die Praxis umgesetzt wird. Ich wünsche hinzuzufügen, daß, seitdem diese Noten den Signatarmächten überreicht worden sind, ich von meiner Regierung neue genau umschriebene Beweise erhalten habe, die sich auf ganz neue Tatsachen beziehen und die zeigen, daß heute noch das angeblich in Kraft befindliche Nicht-

Unter diesen Umständen bedeutet das Versprechen der englischen Regierung, die Stabilität des Pfundkurses gegenüber dem Dollar aufrechtzuerhalten, nichts anderes, als daß auch die Bewegungen des Pfundes an das Gold gebunden werden, die englische und damit alle Währungen des umfangreichen Sterlingblocks praktisch zu Goldwährungen werden. Das Ende des Goldblocks bedeutet demnach nichts weniger als die Enthronung des Goldes. Umgekehrt: die Wiederherstellung der Goldwährung de facto wird ihre Wiederherstellung de jure erleichtern.

Welche Einwirkung auf die Preise wird von den neuen Geldentwertungen ausgehen? Als England am 21. September 1931 vom Golde abging und das Pfund sich allmählich um etwa 40 Prozent entwertete, erwartete man ein starkes Anziehen der Preise, das ja auch bei den Inflationen der Kriegs- und Nachkriegszeit eingetreten war. Nach der englischen Devaluation blieb aber der Preisanstieg zunächst aus und setzte sich auch später nur sehr allmählich durch. Bis jetzt ist die Preisangleichung noch lange nicht abgeschlossen. Die Erscheinung erklärt sich erstens daraus, daß die Abwertung auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise erfolgte und die Preise, insbesondere die der Rohstoffe, infolge der Ueberproduktion und der riesigen Vorräte an sich noch stark sinkende Tendenz hatten; zweitens erfolgte die Abwertung in einem weltwirtschaftlich ausschlaggebenden Raum, denn dem englischen Weltreich folgten neben den Randstaaten und Skandinavien auch wichtige mittel- und südamerikanische Länder, so daß der Sterlingblock bedeutende Industrie- und Rohstoffländer umfaßte; schließlich erfolgte auch, noch immer während der Krise, die Abwertung des Dollars in ähnlichem Ausmaße. Die Nachfrage vollzog sich also auf dem größten Teil des Weltmarktes in den entwerteten Währungen. Die Preise waren Pfund- und Dollarpreise. Erst seit der de facto-Stabilisierung des Dollars und des Pfundes sind sie wieder Goldpreise geworden. Jetzt erfolgt aber einmal die Abwertung in einer Zeit anziehender Preise und in einem weltwirtschaftlich keineswegs ausschlaggebenden Raum. Deshalb ist kaum anzunehmen, daß von der neuen Geldentwertung erhebliche Einflüsse auf das internationale Preisniveau ausgehen werden. Der Anstieg der nach oben gerichteten Preiskurve wird kaum eine Unterbrechung erfahren.

Das ist aber für die Beurteilung der innerwirtschaftlichen Folgen bedeutsam. Anders als damals im Sterlingblock werden sich die Preise der einzuführenden Waren in den jetzt entwertenden Ländern rasch in vollem Ausmaß der Abwertung erhöhen. Das be-

deutet erhöhte Kosten und steigende Preise auch für andere Produkte. Die weitere Entwicklung wird von der Wirtschaftspolitik abhängen, die die einzelnen Staaten einschlagen werden. Im Bereich des Sterlingblocks konnten die Löhne und Gehälter in der Zeit unmittelbar nach der Abwertung sogar noch etwas reduziert werden, ohne den Reallohn zu senken, da die Lebensmittelpreise zurückgingen. Jetzt muß mit der entgegengesetzten Entwicklung gerechnet werden. Die französische, von Sozialisten geführte Regierung will und kann nicht daran denken, die Arbeiterschaft zu Opfern der Devaluation werden zu lassen. Werden aber, wie es angekündigt wird, gleitende Lohnskalen eingeführt, werden auch die Sozial- und Kriegsteilnehmerrenten erhöht, so wird der Preisauftrieb sich trotz aller Gegenmaßnahmen rasch verallgemeinern und die Vorteile der Devaluation, die in der Begünstigung des Exports bestehen, aufheben.

Noch schwieriger stellt sich für die französische Regierung ein anderes Problem. Sie hat bei ihrem Antritt schlechte Finanzen vorgefunden. Das Defizit des Staates, einschließlich das der Eisenbahnen, betrug etwa 15 bis 18 Milliarden Francs. Die Steuerlast ließ eine weitere Vermehrung nicht zu und der Anleihemarkt versagte. Die neue Regierung bedurfte aber für die Wiederbelebung der Wirtschaft bedeutender Mittel, und auch die ihr von Deutschland aufgezogene Vermehrung der Rüstungsausgaben erfordern ins Gewicht fallende Summen. Durch die Abwertung entsteht nun bei der Bank von Frankreich ein Agiogewinn auf den Goldschatz in der Höhe von 30 Prozent. Der Goldbestand beträgt rund 52 Milliarden Francs bisheriger Währung. Die Regierung wird diesen Agiogewinn für sich beanspruchen und erhält so eine Summe von etwas über 15½ Milliarden Francs. Aber dieser Betrag, von dem zudem ein Teil für Uebergangsoperationen verwendet werden muß, reicht knapp aus, um das bisher entstandene Defizit zu decken. Das Problem, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, mag durch die Belebung der Wirtschaft, die als nächste Folge der Abwertung erwartet wird, etwas erleichtert werden, es besteht aber unabhängig von der Währungsänderung fort. Wie in England und zuletzt in Belgien, fordert es seine selbständige Lösung. Denn wenn die Defizitwirtschaft sich fortsetzte, würden dieselben Schwierigkeiten, die jetzt die Abwertung erzwungen haben, aufs neue entstehen. Der Kampf um die finanzielle Sanierung wird also aufs neue entbrennen und die Regierung der Volksfront vor ernste Schwierigkeiten stellen. Diese werden um so größer sein, da die Geldabwertung in dem klassischen Lande der Rentner und Spärer an sich sehr unpopulär ist.

Dr. Richard Kern.

interventionsabkommen keineswegs angewandt wird, soweit es sich auf die Rebellen bezieht.

Wir wissen, daß wir unsere inneren Probleme selbst lösen müssen. Die Regierung, die von der ungeheuren Majorität des spanischen Volkes unterstützt wird, ist ihres Sieges gewiß. Dieser Sieg ist die einzige in Spanien existierende Möglichkeit, daß sich ein Kampf nicht bis ins Unendliche verlängere, dessen Abschluß, wenn er für die Rebellen günstig sein sollte, die Auslöschung von Millionen Spaniern voraussetzen müßte, die entschlossen sind, lieber zu sterben als sich einem Regime menschlicher Unwürdigkeit zu unterwerfen, einem Regime, das im übrigen nicht in der Lage wäre, sich zu behaupten, solange noch freie Spanier auf dem spanischen Boden leben.

Der Kampf würde in seinen großen Linien bereits entschieden sein, wenn das spanische Volk sich nicht gezwungen gesehen hätte, sich gegen einen viel weiteren und ausgedehnten Angriff zu verteidigen.

Außer den Beweisen, auf die wir uns beziehen für die Fortsetzung dieses Angriffs, gibt es jeden Tag noch, mit unserem Blute besiegelt, aufs neue die Tatsache, daß ein immenses Kriegsmaterial, das die Rebellen am Tage ihrer Rebellion nicht besaßen, neu in die Aktion eintritt. Jeder spanische Verteidiger der Republik und der Freiheit, der an der Front unter dem Feuer dieser Waffen fällt, die auf die zynischste Art und Weise und in ständig wachsender Menge unter Verhöhnung des Nichtinterventionsabkommens eingeführt wird, ist ein unwiderlegbarer

Beweis des Verbrechens, das am spanischen Volke begangen wird.

Die internationale Meinung muß erkennen, auf welcher Seite in Spanien die Kräfte des Krieges und auf welcher die des Friedens stehen, welches die Kräfte sind, die den Frieden von Europa stören, und welches die Kräfte, auf die man zählen kann für eine Politik, die den Idealen des Völkerbundes entspricht. Es erscheint an der Zeit, die Beziehung zwischen dem Angriff, der gegen die Demokratie im Innern unseres Landes gerichtet ist und zwischen der weitergehenden Absicht, den Frieden der Welt zu stören, aufzuzeigen. Man darf nicht vergessen, daß die militärische Erhebung auf einem Territorium begonnen hat, das dem Schutze Spaniens kraft internationaler Verträge anvertraut war, und von wo schwere Drohungen gegen eine internationale Zone gerichtet worden sind, die heute, wie in der Vergangenheit, ein verführerisches Objekt für gewisse Ambitionen darstellt.

Die Kräfte der internationalen Verwirrung schrecken vor keiner Schamlosigkeit zurück. Indem wir unseren Glauben an die Sache des Friedens und unsere Treue zu den Prinzipien des Völkerbundes erneuern, indem wir gegen die militärische Rebellion kämpfen und die Gesetzlichkeit auf allen Gebieten wieder herstellen wollen, kämpfen das spanische Volk und die spanische Regierung, die es vertritt, nicht allein für die Sicherheit und den inneren Frieden Spaniens, sondern ebenso für die Sicherheit anderer Völker und für den Frieden der Welt.

Arbeiterknoten für Rüstungszwecke

Die hitlerdeutsche Betriebsunfallstatistik redet eine deutliche Sprache.

Nach den jetzt vorliegenden Berichten der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten über das Jahr 1935, in dem zuerst die kriegsindustriellen Anstrengungen des Dritten Reiches nicht mehr gefahrt, sondern nunmehr offenkundig für alle Welt getätigt wurden, hat sich die Zahl der Betriebsunfälle in ganz Deutschland um rund zwanzig Prozent, nämlich um rund 92.000 Fälle auf 624.027 insgesamt, gegenüber dem Vorjahr erhöht!

Das neu hinzugekommene Saargebiet ist an dieser Schreckensstatistik mit rund 5000 Unfällen im Produktionsbetrieb beteiligt. Wie die Gewerbeinspektoren gleichlaufend berichten, verteilt sich die enorm gesteigerte Zahl der Fabrikunglücke ganz gleichmäßig auf alle Gewerbe mit Ausnahme einiger weniger, wie der Gärtnerei und Tierzucht, der Hochseefischerei und des Versicherungsgewerbes. Besonders springt zwar die Erhöhung der Unfallziffer bei der reinen Rüstungsindustrie, also etwa bei der Eisen- und Metallgewinnung (sie beträgt hier sogar ein reichliches Drittel gegenüber dem Vorjahr!) in die Augen; über fünfundsiebzig Prozent ist sie auch bei der Metallwarenerzeugung oder im Fahrzeugbau sowie im Baugewerbe. Aber auch die Gewerbe, die als typische Verbrauchsindustrien gegenüber dem Vorjahr 1935 zugunsten der eigentlichen Kriegsindustrie sich einen allgemeinen und starken Produktionsabbau gefallen lassen mußten, beispielsweise Textilindustrie oder Nahrungsmittelerzeugung, sind mit ungefähr gleichen Steigerungen der Unfallziffer beteiligt.

Es ist wichtig, gerade diesen letzten Umstand festzuhalten, wie er von der deutschen Gewerbeaufsicht selbst berichtet wird, weil gerade aus ihm einwandfrei hervorgeht, daß nicht etwa ein »natürlicher« Zugang an Betriebsunglücken, hervorgerufen allein durch das Produktionsplus der künstlichen Militärkonjunktur, vorliegt, sondern daß die aufreizende Erscheinung nur durch die Besonderheiten der Arbeiterausbeutung, wie sie jetzt im Dritten Reich betrieben wird, erklärt werden kann. Denn auch das besagt in dieser Hinsicht alles: die Zahl der unfalltechnischen Beanstandungen ist in derselben Zeit, in der sich die Unfälle selbst so gewaltig steigerten, gesunken, und zwar um rund 6200 auf 187.802. Auch die Zahl allgemeiner Zuwiderhandlungen gegen bestehende Gesetze und Vorschriften im Betriebsleben, so weit sie von der Gewerbeaufsicht festgestellt wurden, ist im genannten Berichtsjahr stark gesunken. Das erklärt man sich »drübenc gerade durch die Tatsache, daß die Verbrauchsindustrien ja im Jahre 1935 ihre Erzeugung überhaupt stark eingeschränkt hätten. Zum Beispiel spricht die letzte Nummer der »Sozialen Praxis« in diesem Sinne von einer »Parallelität zwischen Konjunktur und gewerbepolizeilichen Verstößen«. Aber besteht die Parallelität zwischen Konjunktur und Betriebsunfällen etwa nicht? So bleibt für den, der wirklich sehen und nichts beschönigen will, nur der Schluß: Die Unternehmer haben in Hitlerdeutschland die Hände frei für einen bisher nicht gekannten Grad der Ausbeutung ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Proleten; die Gewerbeaufsichtsbeamten wagen nicht mehr, wie früher, offenkundige Mißstände in den Betrieben zur Sprache und zur Anzeige zu bringen. Geradlinig und völlig logisch hat das dazu geführt, daß um so mehr Arbeiter schweren Körperschaden oder den Tod an der Maschine finden, je weniger der »Betriebsführer« durch gewerbepolizeiliche Beanstandungen molestiert wird. Oder welcher andere Sinn sollte diesen denkwürdigen Ziffern sonst noch anhängen?

Das »große Aufräumen« — und die Folgen.

Vor der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Königsberg, Ostpreußen, wurde wieder einmal ein reizendes Genrebild aus einer somnambulen gereinigten Allgemeinen Ortskrankenkasse des gleichfalls gereinigten Deutschen Reiches entrollt. Im Gerichtsbericht der »Preußischen Zeitung« heißt es:

»Bruno Czaska war Leiter der Tapiauer Ortskrankenkasse. Willy Siebert sein Gehilfe. Czaska hatte von früher her Schulden, und Siebert neigte zu flotten Leben. Wenn Czaska privatim einen Wechsel einzulösen brauche, dann sagte er zu Siebert: »Ich hatte, dann sagte er zu Siebert: »Ich brauche Geld, gehen Sie kassieren!« Das machte Siebert dann so: wenn er z. B. 1713 RM kassierte, wurden 1000 RM verbucht und 713 RM wurden unterschlagen: einen Teil nahm Czaska, einen Teil nahm

Der Traum des Führers

Schacht läßt ihn aufwachen

Der in Nürnberg proklamierte Neuaufbau einer deutschen Rohstoffindustrie soll nach dem Wort des Führers Deutschland nicht nur von der Rohstoffeinfuhr befreien, sondern vor allem auch von der Sorge, wie die »nach Abschluß der Aufrüstung freierwerdenden Menschenmassen nationalökonomisch nützlich zu beschäftigen« seien. Gerade der Ausbau dieser Ersatzstoffindustrie erfordert zwar übermäßig viel Kapital, aber um so weniger menschliche Arbeitskraft. Es müßte also schon ein Aufbau gewaltigsten Ausmaßes sein, wenn er nicht nur die Befreiung von ausländischem Rohstoff, sondern auch die Aufsaugung von Millionen Arbeitskräften leisten soll.

Wie die Aussichten hier liegen, zeigen die jüngsten Vorgänge auf dem Gebiete der Spinnstoffversorgung. Bis zum Jahre 1935 betrug die Erzeugungsfähigkeit der heimischen Spinnstoffabriken aus heimischem Rohstoff 20 Millionen Kilo jährlich. Im Jahre 1933 hatte der Spinnstoffverbrauch der deutschen Baumwollspinnereien und -zwirnerien insgesamt rund 400 Millionen Kilo betragen. Davon waren entfallen auf Rohbaumwolle und Baumwollabfälle rund 370 Millionen, der Rest auf Kunstbaumwolle und andere Spinnstoffe. 1935 wurden Ersatzstoffbetriebe mit einer Leistungsfähigkeit von etwa 40 Millionen Zellwolle errichtet, zusammen mit den bereits bestehenden Werken betrug die Gesamtkapazität für Zellwolle 60 Millionen Kilo. In diesem Jahre soll sie auf 70 Millionen gebracht werden. Damit würde also nicht mehr als etwa ein Sechstel des Spinnstoffverbrauchs von 1933 gedeckt. Um diese im Verhältnis zum Gesamtbedarf nicht erhebliche Menge unterzubringen, mußte der Industrie ein Beimischungszwang auferlegt werden, der die Stoffe verteuert und ihre Qualität verschlechtert. Die Zahl der Fälle, für die der Beimischungszwang amtlich anbefohlen wird, sind bis in die jüngste Zeit ständig vermehrt worden. Die Verwendung von Zellwolle hat aber weder den Mangel an ausländischen Rohstoffen noch die Aufzehrung ihrer Vorräte verhindert. Nun scheinen sie bereits so knapp geworden zu sein, daß die Industrie die Zellwolle auch für solche Zwecke verwendet, die nicht amtlich vorgeschrieben sind. Nachdem man die Verwendung der Zellwolle unter Zwang durchgesetzt hat, wird sie jetzt mit Anwendung amtlichen Zwan-

ges eingeschränkt. Ungefähr zur Zeit des Nürnberger Parteitagcs ist eine Verordnung erlassen worden, wonach nicht nur die Verwendung natürlicher Rohstoffe aus dem Ausland, sondern auch die der heimischen Ersatzstoffe strenger behördlicher Ueberwachung unterliegt. Nicht nur der Einkauf zellwollener Spinnstoffe darf nur mit Zustimmung der zuständigen Ueberwachungsstelle vorgenommen werden, auch die Abnahme bereits gekaufter, aber noch nicht geleiteter Zellstoffe bedarf ihrer Genehmigung. Bisher wurde amtlich streng darauf gehalten, daß nicht zu wenig, jetzt, daß nicht zu viel Zellwolle verbraucht wird.

Diesen Widerspruch versucht Schachts Organ »Der deutsche Volkswirt« (11. 9. 1936) aufzuklären. Einmal, so heißt es, befindet sich die deutsche Zellwollherstellung erst im Ausbau und habe die vorgesehene Kapazität von 70.000 Tonnen noch nicht erreicht. Mit der vollen Produktionsaufnahme der neuen Werke, die in den Monaten Oktober bis Februar zu erwarten sei, würde »der eine Grund für die jetzige Einkaufsregelung wegfallen«. — Das würde so sein, wenn nicht gleichzeitig auch mit einem Wachstum der Nachfrage zu rechnen wäre, und zwar nicht nur infolge wachsender Verwendung, sondern auch von »Zuvordeckungen und Lagerbildungen an einzelnen Stellen bei gleichzeitiger Stockung an anderen Stellen«. Es droht also der gleiche Zustand der Knappheit bei den Ersatzstoffen einzutreten, der bisher nur bei natürlichen Rohstoffen bestanden hat. Die Industrie erwartet offenbar, daß Baumwolle noch rarer wird, als sie schon ist. Man müßte nun annehmen, daß damit die Aufhebung der behördlichen Zuteilung von Zellstoffen nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben würde. Denn wenn die Nachfrage nach Zellstoffen dermaßen wächst, daß nach der Verwendung nunmehr auch ihre Nichtverwendung amtlich erzwungen werden muß, dann läge nichts näher als, ganz im Sinne des Führers, die Erzeugungsfähigkeit der Werke über die vorgesehenen 70.000 Tonnen hinaus, von einem Sechstel wenn möglich auf sechs Sechstel des Verbrauchs zu erweitern. Je mehr Zellwolle, um so weniger Baumwolle, je weniger Devisen für Baumwolle aufgewendet werden müssen, um so mehr können nach des Führers Gebot für die Ergänzung der nach seinem Geständnis unzureichenden heimischen Nahrungsmittelerzeugung verwendet werden. So

ist es aber nicht, sondern es »wird auch nach dem Ausbau der geplanten Werke wohl kaum ein Raum für derartige, weitgehendst spekulative und stoßweise auftretende Sonderanforderungen vorhanden sein«. Und warum nicht? Weil eine Kapazitätserweiterung »nicht zu verantworten wäre«. Und warum nicht, da sie der Führer doch fordert? Weil »sich eines Tages die internationalen Handelsbeziehungen wieder wandeln können.« Die Ausdehnung der Ersatzstoffindustrie wird also amtlich nicht gefördert, sondern gedrosselt. Schachts Ueberwachungsstellen machen sich selbst zu Instrumenten des großindustriellen Willens, dem Risiko auszuweichen, das darin liegt, daß bei Wiedereinschaltung in das Getriebe der Weltwirtschaft die eigenständige Rohstoffindustrie altes Eisen würde.

Das ist nicht etwa vor der Rede des Führers geschrieben, sondern steht in der gleichen Nummer, in der sie gebührend, nämlich mit Vorbehalten gewürdigt wird. Gewürdigt wird weniger der Plan selbst, als daß zu seiner Verwirklichung so viel Zeit gelassen wird. »Das ist um so erfreulicher«, heißt es, als der Neuaufbau einer großen deutschen Rohstoffindustrie nicht bloß große Mengen von Arbeitern, die ja je nach dem Abschluß der Aufrüstung zur Verfügung stehen werden, sondern vor allem auch Facharbeiter, große Kapitalien und zunächst wieder einmal bestimmte Mengen von solchen Rohstoffen benötigen wird, an denen wir zur Zeit keinen Ueberfluß haben.« Das ist die Form, in der man im Dritten Reich sogar den Führer ad absurdum führen darf mit der Feststellung, daß zur Verwirklichung seines Planes nur drei Kleinigkeiten fehlen: Arbeiter, Rohstoffe, Kapital — und sonst gar nichts. Jedenfalls zeigt die Behandlung der Zellwolle, daß Schacht das Gegenteil von dem tut, was der Führer predigt. Es hat den Anschein, als habe dieser in Nürnberg bereits gewußt, daß Schachts Versuch, sich bei Angleichung der Währungen in das anglo-amerikanisch-französische Abkommen um den Preis einer großen Rohstoffanleihe einschalten zu lassen, vorläufig gescheitert ist. Hitlers Vierjahresplan ist also zugleich eine an das Ausland gerichtete Drohung und eine ans Inland gerichtete Verstrüstung auf das achte Hitlerjahr, in dem es dann mehr zu essen geben soll als im vierten.

G. A. F.

Siebert. War eine Kassenrevision in Aussicht, so wurden die Bücher »stimmend gemacht«. Angefangen hat nach dem Geständnis des Siebert die Sache im März 1934. Durch einen reinen Zufall kam der Stein ins Rollen... Der Staatsanwalt erinnerte daran, daß nach der Machtübernahme ein großes Aufräumen in der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Königsberg stattgefunden habe; gerade um jene Zeit aber gingen die Unterschleife bei der Ortskrankenkasse in Tapiau (die mit der Königsberger zusammenhängt, d. Red.) an. Um so schwerer müßten deshalb die Angeklagten bestraft werden, weil sie wissen mußten, daß das Dritte Reich in solchen Dingen nicht mit sich spaßen läßt.

Nun, das Dritte Reich hat in diesem Falle immerhin 2 1/2 Jahre lang mit sich spaßen lassen — und viele hundert weniger ungeschickte Erneuerer in allen Verwaltungsparten spaßen noch heute aufs munterste weiter.

Um das Schicksal Carl von Ossietzky

Vor kurzem wurde eine Erklärung des Propaganda-Ministeriums in der Auslandspressen verbreitet, Carl von Ossietzky werde demnächst auf freien Fuß gesetzt, da die »nationalsozialistischen Behörden nicht durch seinen Tod im Gefängnis belastet werden wollten«. Diese Erklärung hat namentlich in der englischen Presse große Erregung hervorgerufen. In Leitartikeln protestieren die angesehensten englischen Blätter gegen diese Alternative der Machthaber in Deutschland. Der vielverbreitete »Star« fordert die deutsche Regierung auf, »eine letzte Chance« auszunutzen und Ossietzky sofort freizulassen, damit er noch in der Freiheit gesund werden könne. Auch der »Manchester Guardian« fragt: »Ist das Propaganda-Ministerium der Ansicht, daß Ossietzky nur freigelassen werden soll, um zu sterben?« Und verlangt energisch die sofortige Freilassung Ossietzky und die sofortige Hilfe für seine Genesung, »durch die mehr für das neue Deutschland getan würde, als durch einen Berg von Propaganda«. Zahlreiche weitere englische Blätter verschiedener

politischer Richtungen alarmieren die drohende Gefahr, die nach der raffinierten Propaganda-Erklärung über Ossietzky's Leben zu hängen scheint.

Der nationalsozialistische Propagandaapparat dementiert nunmehr die in der Auslandspressen verbreiteten Nachrichten. Wie der Korrespondent der Basler »Nationalzeitung« seinem Blatt aus Berlin berichtet, sind die englischen Zeitungen mit den Alarmrufen für Ossietzky im Reich beschlagnahmt worden. »In Wirklichkeit, so lautet die amtliche Auskunft, ist Ossietzky als Rekonvaleszent zu betrachten«. Das Dementi kann allerdings die dementierte Göbbels-Erklärung, deren Zynismus die um Ossietzky's Schicksal besorgte Welt alarmiert hatte, nicht mehr ungeschehen machen. Hatten doch die Berliner Korrespondenten der Auslandspressen bereits zwei Tage zuvor am 17. September jene dementierte Erklärung des Propaganda-Ministeriums an ihre Blätter weitergegeben; denn Weltblätter wie der Pariser »Temps«, der Brüsseler »Soleil« und sogar der Amsterdamer »Telegraaf«, dessen ausgezeichnete Beziehungen zu Berliner Stellen bekannt sind, haben sie neben den verschiedensten englischen Pressekorrespondenten in gleichem Wortlaut und gleichförmig als Communiqué des Propaganda-Ministeriums verbreitet.

Das angebliche Interview, in dem, unter den Augen mehrerer Gestapo-Beamten, Ossietzky einen dänischen Reporter mit »freiwilligem und begeistertem Heil Hitler« begrüßt haben soll, hat in der ganzen Welt Abscheu über die seelischen Vergewaltigungsmethoden des Nationalsozialismus erregt. Mit Recht schrieb die Basler »Nationalzeitung« als Antwort auf jenes Interview:

»Wer die fanatische, verbissene, starre Prinzipientreue Ossietzky's kennt, wird an der unbedingten Richtigkeit der Wiedergabe seines Interviews zweifeln. Allerdings: Ossietzky kann es weder dementieren noch korrigieren. Man ist versucht anzunehmen, das Interview sei inszeniert worden, um die geplante Zuteilung des Nobel-Friedenspreises an Ossietzky in letzter Minute zu verhindern.

Die Tausende aus aller Welt, die ihn vorge schlagen haben, sollen verwirrt werden, wenn verbreitet wird, daß Ossietzky sich plötzlich aus einem deutschen Führer gegen Wettlästen und Völkerverhetzung zu einem Anhänger des Militarismus verwandelt habe. Ossietzky ist nicht Nazi geworden, aber er bleibt der aussichtsreiche Nobelpreiskandidat des Friedens, und ein Märtyrer des Friedens.«

Eheliche Rassenschande

Da nach deutschem Recht eine nur kirchlich vollzogene Trauung ungültig ist und standesamtliche Trauung verlangt wird, haben nach 1920 manche fromme Juden aus religiösen Gründen nicht in Deutschland, sondern in der Tschechoslowakei oder in Oesterreich geheiratet. Um die Gültigkeit derartiger Eheschließungen hat sich bisher in Deutschland niemand gekümmert. Nun ist ein Amtsgerichtsrat im Justizministerium namens Maßfeller auf den Einfall gekommen, man könne wieder ein paar Juden quälen und zuschanden jagen. Er hat herausgefunden, daß unter diesen im Ausland geschlossenen Ehen möglicherweise ein paar Ehen zwischen Juden und »Arierinnen« sein könnten, Fälle also, in denen sich die Frau zum Glauben ihres Mannes bekannte, ohne von Haus aus Jüdin zu sein. Maßfeller schreibt in der »Juristischen Wochenschrift«:

»...daß heute ein erhebliches rassisches Interesse an einer Klärung der Rechtsverhältnisse solcher Ehen bestehe. Wenn solche Ehen absolut nichtig seien, dann seien auch die Beziehungen in derartigen Ehen nach dem Blutschutzgesetz auf Seiten des Mannes sogar strafbar.«

Das würde bedeuten, daß Juden, die vor vielen Jahren und lange vor Hitler nach jüdischem Ritus eine inzwischen zur Arierin ernannte Frau heirateten, heute wegen »Rassenschande« belangt und von ihren bisher als ehelich anerkannten Kindern fort ins Gefängnis geschleppt werden könnten. Der deutsche Rassenhaß nimmt immer wahnwitzigere Formen an.

Schnorrer-Sozialismus im Dritten Reich

Modernste Massenbesteuerungstechnik: das Hitlersystem der „freiwilligen Spenden“ — Das Kontributionsmonopol der Diktaturpartei — Milliarden, die in der absoluten Kontrolllosigkeit verschwinden

Es gibt hinreichend Bewunderer und begeisterte Zaungäste des Dritten Reiches in der Welt — von Knut Hamsun bis zu Lloyd George —, die sich zwar selbst sehr für die Ehre bedanken würden, auch nur eine halbe Stunde lang in Herrn Hitler ihr Staatsoberhaupt verehren zu müssen, dagegen von ihren sehr vagen Impressionen über das ganze, beim oberflächlichen Blick über die Gartenmauer schnell gewonnen, in ihren verschiedenen Heimatländern einen sehr regen Gebrauch machen. Vor allem scheint fast allen Claqueuren der braunen Jahrhundertsehnde ziemlich gleichmäßig die Tatsache zu imponieren, wie das deutsche Volk doch angeblich für den »Führer«, seine Ideen, seine Bewegung und seinen Staat das Bargeld so freiwillig lockert!

Eine Massensteuer ohne die geringste Kontrolle

Bei näherer Betrachtung des allerdings mehr als ungewöhnlichen Phänomens der immer noch ununterbrochen und phantastisch fließenden »Spenden« im Hitlerreich spielt das Psychologische die entscheidende Rolle: wie weit nämlich der Zeitgenosse, der von draußen her sich dem Sachverhalt nähert, überhaupt begreifen kann, was die völlige Unterdrückung jeder echten Gesinnung, was insbesondere die durch tausend sichtbare und unsichtbare Kanäle gespeiste Angstpsychose eines Millionenvolkes alles bewirken kann. Niemand, der aus einer Demokratie zum Dritten Reich hinüberschaut, kann verstehen, warum denn diese Menschenmillionen immer noch ihre Geldbeutel zücken, wenn schon, statt sozialisiert, geschnorrt werden soll. Die vermeintliche »Freiwilligkeit« der Spenden ist die schlechterdings gräßlichste Lüge des Systems, freilich auch seine einträglichste! Die Stadt mag noch so bescheiden, das Dorf noch so klein sein — es gibt von zehn Erwachsenen immer mindestens neun, die sich schon einmal durch persönliche Verweigerung bei irgendeiner der scheinlich tausend Abgabe-Aktionen, die sie in der Hitler-Zeit erlebten, direkt persönlich an ihrem Leben oder an ihrer Freiheit bedroht gefühlt haben. Herr Göbbels wird freilich sagen, dafür könne er nichts. Es ist das ähnlich, wie wenn der »Führer« mit markiger Stimme erklärt, am Wege der nationalsozialistischen Revolution läge auch nicht ein einziger erschlagener oder erschossener Gegner...

Ein doppelter Zweck ist dem hitlerdeutschen »Spenden«-Wesen eigen, und diese Doppelbestimmung schafft erst das hinreichende Verständnis für die ganze Angelegenheit, wenn man bedenkt, daß »an sich« ja die Diktatur die Macht hätte, eine ähnlich oder gleichermaßen brutale und einträgliche Auspöckerung der breiten Masse ohne Umweg über die schwerfällige, meist auch noch mit unerhörten Regie- und Werbungskosten verknüpfte »Sammlung«, Plakettenaktion oder wie der gerade fällige Coup schon einzureihen ist, zu tätigen. Jede Diktatur, insbesondere die Adolf Hitlers mit ihrem erheblich lumpenproletarischen Einschlag, lebt von der permanenten Illusion. Gegen jede Art von Steuer, die früher die Republik erhob, hatte die nationalsozialistische Propaganda lärmend protestiert; Hitlers verlässlichste Sturmgarde waren die Steuer-scheuen aller Klassen und aller Grade. Das ist nun der eine Zweck des »Spenden«-Systems: aus der Bevölkerung können bedeutende Summen herausgepreßt werden, ohne daß die Steuern erhöht werden. Diese Illusion — und um eine solche handelt es sich — hält das System wenigstens noch für die Gegenwart für agitatorisch unentbehrlich. Wie es freilich sein wird, wenn Hitler aus Gründen seines Verankert-Seins in der eigentlichen Staatsmacht — infolge der Dauer der Diktatur — glaubt, auf die Stimmung der eigenen Anhänger pfeifen zu können, ist vielleicht berechenbar, wenn man daran denkt, wie viele unfruchtbare Spesen und Generalunkosten — im Vergleich zur normalen Steuer — das System kostet. Sicherlich nicht ohne Grund verlautete schon kurz nach der Einführung der zweijährigen Dienstzeit glaubhaft, daß in diesem Winter 1936/37 an Stelle der bisher üblichen Winterhilfswerk-»Spende« die Zwangsabgabe aller Bürger des Dritten Reiches zur Mitbestreitung der riesigen neuen Militärlasten treten werde. Jedoch hat das System auch dann immer noch einen ande-

ren, mindestens ebenso wichtigen Grund, trotzdem an der »freiwilligen Spende« festzuhalten: Die normalen Steuereingänge gehen ja zu Händen des Staates; sie unterliegen der Bewirtschaftung durch die Bürokratie. Es ist der Nationalsozialistischen Partei nicht gelungen, die alte Beamenschaft ganz abzulösen oder doch zu entmachten; das gilt insbesondere für die Sach-Verwaltungen. Aber die Eingänge aus dem »Spenden«-System sind im Gegensatz zu dem Steueraufkommen ausschließlich kontrolllose Kassenangelegenheit der Diktaturpartei und ihrer Gliederungen! Die Apparatur der Partei, quantitativ mindestens der bürokratischen des Staates ebenbürtig, verschlingt ungeheure Summen. Sie müßte einen Milliardenetat im Reichshaushaltsplan, auch wenn er, wie der hitlerdeutsche, keinem Parlament vorgelegt zu werden braucht, vorweisen, wenn sie aufrechterhalten bleiben soll. An sich schon dürften direkte Subventionen aus den öffentlichen Kassen in die der Partei, deren es sicher genug gibt, zu Fraktionen unter den Beteiligten, Bürokratie und Bonzokratie, genügend führen. Den offenen und großen Kampf um den Knochen verhindert eben die Tatsache, daß durch die »Spenden« die Partei im großen »sich selbst finanziert«. Das ist der andere Zweck des ausgeklügelten Systems.

Das Blutegel-Monopol

Ausgeklügelte — in der Tat! Gewiß, das war es zunächst in der nationalsozialistischen »Revolution« nicht! Die Sturmtruppen Hitlers, SA und SS, als Hilfspolizei von Göring ausgestattet, Abgeglittene aller Schichten umfassend, sahen vielfach den »Aufbruch der Nation« als die beste Gelegenheit zu persönlichen Bereicherung an. Diebstähle bei »Haussuchungen«, Taschenraub bei »Festnahmen«, Verkauf »beschlagener« Möbel, waren Normalien des Revolutionsverlaufs. Eine spätere Zeit wird darüber Berge von Aussagen und Akten zu häufen haben. Bei dieser kleptomatischen Hauptbeschäftigung der Revolutionsaktiven spielte aber auch die »Sammlung« für die braven Befreier-Jünglinge in brauner oder schwarzer Uniform, von ihnen selbst meist recht improvisiert in die Wege geleitet, schon eine wesentliche Rolle. Erst später kam man darauf, daraus ein verwickeltes und kompliziertes System zu machen — als die Machthaber sahen, was mit der Angstpsychose zu erreichen war und wie sehr das Publikum sich an die Schnorrelei geradezu schon gewöhnt hatte.

Nichts ist beweiskräftiger für den reinen Parteibeute-Charakter der »freiwilligen Spenden« als der Umstand, daß die Nationalsozialistische Partei schon nach ungefähr zwei Jahren nach der Machtergreifung sich das Monopol für jedwede Art von Spende, Sammlung, Verkauf zu gemeinnützigen Zwecken, ja sogar von bloßer Beitragentrachtung zu Vereinszwecken zu sichern wußte. Alle diese schönen Dinge fallen nämlich nach der Sammlungsordnung der NSDAP vom 4. Juli 1935 (und diese hat reichsgesetzliche Verbindlichkeit, weshalb sie auch ausdrücklich im Reichsgesetzblatt verkündet wurde), von nun ab unter die Genehmigungspflicht der Behörden. Sie kann in die Geschäftsbücher aller Veranstalter einsehen; sie kann frei nach Belieben verbieten; sie kann nach freiem Ermessen bestrafen, sogar mit Gefängnis, wo sie einem Veranstalter übel will. Nur die NSDAP und ihre vom »Reichsschatzmeister« (nämlich dem Partei-Hauptkassierer) anerkannten Sonderorganisationen unterliegen diesem rigorosen Aufsichtsrecht der Behörde nicht, auch keinem Genehmigungszwang! Während des »Winterhilfswerkes« — und es ist ausschließlich Angelegenheit der Partei — darf überhaupt und unter gar keinen Umständen eine andere Aktion ähnlicher Art stattfinden. Der Ukas ist erlassen, als insgeheim das deutsche Volk unter dem Treiben seiner braunbehemdeten Blutegel seufzte und stöhnte. Nun konnte es, nach jener Verordnung, so aussehen, als wenn die Gewalt-haber ernsthaft daran dächten, dem »Spenden«-Unfug, den sie selbst schon als solchen wiederholt hatten anprangern müssen, steuern wollten. In Wirklichkeit merkte das brave Volk schon bald, daß nun erst richtiges »System« in die Angelegenheit gebracht und

der »Reichsbürger« nur aus dem Regen in die Traufe geraten war.

Schröpfköpfe auf Schritt und Tritt

Selbst ein dickelebiges Buch könnte unmöglich eine Vollständigkeit der Schilderung ergeben, wie, unter welchen Vorwänden, mit welchen Mitteln und zu welchen Zwecken in Hitlerdeutschland permanent »gesammelte, beziehungsweise »gespendete« werden muß. Hier muß man sich mit einer knappen und nur sehr auswählerischen Linearzeichnung begnügen.

Unter diesem einzig möglichen Gesichtspunkt stellt man da zunächst — als wichtigstes — fest, daß die sogenannte »Winterhilfe« der »NS-Volkswohlfahrt« (eines unmittelbaren Parteiunternehmens) bei dem ganzen den Rahm abzuschöpfen hat. Ueber eine Drittmilliarde Goldmark kommt jährlich — nach Abzug aller reichlichen Spesen — für sie zusammen. Eine Viertelmilliarde wird sogar in bar aufgebracht. Es gibt bei ihr die direkten Abzüge vom Lohn — beim Arbeiter — in Höhe von mindestens 10 Prozent der zur selben Zeit fälligen Lohnsteuer, oder Einkommens- oder Umsatzbesteuerungen beim Unternehmer, oder Abschätzungen des Bauern nach der Größe seines Grundbesitzes. Hier tritt die »Freiwilligkeit« sicherlich am allerunproblematischsten zutage. Wer sich da weigert, hat mindestens öffentliche Anprangerung, höchstwahrscheinlich aber auch Kaszett als »Saboteur der Volksgemeinschaft« zu erwarten. Der »Winterhilfe« genügt aber dieses fixe Budget natürlich nicht. Sie macht extra ihre Haus- und Straßensammlungen; sie organisiert monatliche »Pfundspenden«; sie meldet sich für »Opfertage« in den Schulen, für öffentliches Eintopfessen, für Kinderwäschensammlungen des »Bundes deutscher Mädchen«; sie erhebt Zuschläge zu jedem Eisenbahn- und Tramblillet, sie nagelt Erinnerungstafeln...

Aber auch außerhalb des so gut ausgefüllten Winters schläft die NS-Volkswohlfahrt mit nichten. Kleider-, Radiogerät-, Obst- oder Gemüsesammlungen unterbrechen angenehm den übrigen Jahresverlauf eines Hitler-Untertans. Hier sammelt man für eine »Freiplatzenspende für alte Kämpfer«, dort für »Verwandtenverschickung« oder »Kinder zur Kur«. Wer nicht in die Partei mehr aufgenommen wird (die Parteisperre ist ja da!), muß mindestens seine »gute Gesinnung« durch Erwerb der Mitgliedschaft bei diesem konsequentesten aller Bettelorden der NS-Volkswohlfahrt bezeugen. Mit einem Monatsbeitrag von Mark 1.— fängt das bei den ganz kleinen Einkommen an und hat bei Mark 20.— monatlich noch durchaus kein Ende nach oben erreicht. Den Staatsbeamten möchte man sehen, der nicht Mitglied (zahlendes freilich, nie und nimmer allerdings mitbestimmendes!) der NS-Volkswohlfahrt wäre!

Drei verschiedene Plaketten in einer Woche, die alle käuflich für irgendeinen Zweck — Luftschutz oder Erntedank, Mutterschaftstag oder »Brüder in Not« — ausgegeben wurden, waren zu Zeiten im Hitlerreich gang und gäbe! Es wurde sogar eine förmliche Konjunktur der erzeugenden Industrie aus der Vergebung von Riesenaufträgen für irgendwelche Knopfloch-Embleme gemacht, dergestalt, daß die jeweiligen Staatshalter damit bald die Hersteller künstlicher Blumen, bald die Plauerer Spitzenfabrikanten, bald die Thüringer Porzellanmanufakturen beglückten.

Und das alles spielte sich und spielt sich heute noch immer im Reichsmaßstab ab. Lokale »Aktionen« sind gesondert und für sich! Bald wird jeder Lehrer verpflichtet, einen Beitrag für das Bayreuther »Haus der Erziehung« zu stiften, bald hat man in bar an einer Niedersachsenhalle und ihrer so notwendigen Errichtung mitzuwirken, bald benötigt Zwickau Geld für seine Achthundert-jährfeier und schnorrt es einfach durch eine Sammlung zu Händen der Partei, bald fließt man bei allen Beamten eines Bezirkes zur Errichtung einer SA-Wohnsiedlung. Wenn der Dresdener Oberbürgermeister heiratet, sammeln die städtischen Arbeiter und Angestellten für ein Auto als Hochzeitsgeschenk; wenn der Gauleiter Röver in Bremen Geburtstag hat, geht es auch nicht ohne Massenpump bei der breiten Volksschicht für ein standesgemäßes Präsent ab. Es gibt nichts unter der Hitlersonne,

was nicht durch Schnorren und Spenden irgendwie an den Be-griff der Volksgemeinschaft an-geschirrt werden kann!

Beiträge ohne Ende

Eine andere nicht minder beliebte, freilich auch kaum weniger einträgliche Art der getarnten Kontribution ist in Hitlerien neben dem »Spenden«-Wesen die Beitragsmanie. Große neue staatliche Zwangsorganisationen, wie »Reichsnährstand«, »Organisation des gewerblichen Mittelstandes«, die Organisationen der sogenannten »Reichskulturkammer« sind erst vom Hitlersystem erfunden worden; die Beiträge dazu, die nicht von Pappe sind, natürlich auch! Ein durchschnittlicher Bauer zahlt z. B. da an folgende Organisationen: an den Reichsnährstand allgemein, an eine Hauptvereinigung, etwa die der deutschen Viehwirtschaft, an verschiedene wirtschaftliche Vereinigungen, wie etwa die Milchwirtschaftliche Vereinigung, an die diversen Stellen der Reichsstellen, die seine Produkte abnehmen. Ein durchschnittlicher Handwerker hat beitragsmäßig zu zahlen: bei der Innung, bei der Handwerkskammer, bei der Deutschen Arbeitsfront, Amt NS-Hago usw.

Dazu kommen aber mit ihren regelmäßigen Ansprüchen an das Portemonnaie die direkten Nazi-Organisationen auch noch. Wenn man nicht gerade bei der Partei selbst ist, ist man doch mindestens beim Reichsluftschutzbund, hat einen Sohn bei der SA oder bei der Hitler-Jugend, hat die Frau in die NS-Frauenschaft glücklich hineinbugsiert; man ist entweder im NS-Beamtenbund, im NS-Aerztebund, bei der NS-Kriegsopfer-versorgung oder doch — wer könnte hier alles nennen — mindestens in Doktor Robert Leys »Deutscher Arbeitsfront«. 25 Millionen Mitglieder hat die letztere heute als Zwangsorganisation aller Arbeitnehmer und kleinen Gewerbetreibenden. Ihre Beiträge stufen sich von monatlich 20 Pfennig bis zu 12 Mark monatlich. Der Reichsluftschutzbund wieder hat 5 Millionen Mitglieder. Jeder fünfte erwachsene Deutsche gehört ihm also an. Zehn Pfennig kostet's bei ihm mindestens monatlich. Aber das ist ja noch nicht einmal das wesentliche: alle diese Organisationen, wie sie auch heißen mögen, sind von vorneherein darauf abgestellt, auch noch möglichst viel an Sonderbeiträgen hereinzubekommen; Broschürenverkauf, Zeitungsvertrieb und ähnliches spielen dabei die Hauptrolle.

Im ganzen darf das Einkommen aus dem System der »Spenden« auf rund 570 Millionen Mark im Jahr geschätzt werden. Das Aufkommen durch »Beiträge« ist ungleich höher; selbst bei niedrigster Schätzung kommt man auf 1700 bis 1800 Millionen Mark. Das ist zusammen eine Summe, die fast zwei und eine halbe Milliarde Reichsmark beträgt — weit mehr, als der gesamte Etat kleinerer und mittlerer europäischer Staaten ausmacht!

Niemand hat eine genaue Kontrolle über diese gigantische Einnahmequelle; noch nicht einmal die Parteinitzieller selbst. Wer aber ist Hauptleidtragender dieser zu keiner Stunde aussetzenden grandios-schauerlichen Blutentziehungskur? Fast ausschließlich die breiten Massen des arbeitenden Volkes, für die jeder fehlende Groschen ein kleines oder ein größeres Schicksal ist. Was sich als reinste Emanation der sogenannten »Volksgemeinschaft« unter Hitler präsentieren möchte, was sogar von Dummköpfen noch mehr als von den Interessenten als »praktischer Sozialismus« der Welt angepriesen und angehört wird, ist die schönste finanzielle Vergewaltigung eines Volkes unter Einsatz eines einzigen ebenso primitiven wie wirkungsvollen Mittels: der allgemeinen, der niedrigen, der selbst bis zur Gemeinheit fähigen Angst! Wer es fassen kann, der fasse es!

Einmal Auspeitschen 60 RM

Die deutschen Zeitungen melden: »Das Soziale Ehrengericht für Schlesien hat einen Landwirt zu einer Ordnungsstrafe von 60 RM verurteilt, weil er einen Landhelfer geohrfeigt und sogar gepölscht hatte.« Im Zeichen der »Betriebsgemeinschaft« ist die Mißhandlung deutscher Arbeiter ungemein billig geworden.

Brauner Bolschewismus

Selbstentlarvung in Nürnberg

Dr. Göbbels hat in seiner durch den Rundfunk verbreiteten Parteitage Rede vom 10. September in Nürnberg folgende Definition des Bolschewismus gegeben:

»Der Bolschewismus ist die Diktatur der Minderwertigen. Zur Macht kommt er mit der Lüge, in der Macht behauptet er sich mit der Gewalt.«

Die Hörer des Dr. Göbbels werden nicht wenig erstaunt gewesen sein, eine so treffende Charakteristik zu vernehmen, die haargenau — auf die nationalsozialistische Diktatur paßt. Es verhält sich mit dieser Sentenz so, wie mit vielen anderen, die in den Parteitage Reden der nationalsozialistischen Führer, der Hitler und Rosenberg, der Heß, Frank, Wagner, Dietrich, Amann usw. zu finden sind. Sie alle sind auf den Ton der Anklage gegen die »jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung« und die Gewaltherrschaft in Sowjetrußland gestimmt, sie alle appellieren an die kapitalistische Welt, um die Kräfte der internationalen Reaktion zu sammeln und Deutschland an die Spitze des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion zu stellen, sie enthalten aber auch — gegen den Willen der Redner — eine Fülle von Anklagematerial gegen das Diktaturregime in Deutschland selbst, das in weit stärkerem Maße als die Sowjetunion den zum »Weltfeind« erklärten Bolschewismus verkörpert.

Die Ursache dieser eigenartigen Erscheinung liegt auf der Hand: Man kann nicht den russischen Diktaturstaat und den russischen Bolschewismus anklagen, ohne gleichzeitig den nationalsozialistischen Diktaturstaat und den braunen Bolschewismus zu entlarven, die ihre russischen Vorbilder weit in den Schatten stellen. Aus der Leidenschaft, mit der die nationalsozialistischen Parteiführer gegen den russischen Bolschewismus ankämpfen, spricht nicht nur der Wunsch, sich eine Kulissee für internationale Brandstiftungspläne zu schaffen, sondern auch das böse Gewissen von Gewaltpolitikern, die nach der Methode »Haltet den Dieb!« die öffentliche Meinung der Welt von der Kennzeichnung des Wesens und der Methoden des nationalsozialistischen Diktaturstaates abzulenken suchen.

Es ist das Verdienst des katholischen Schriftstellers Dr. Waldemar Gurian, die erstaunliche Ähnlichkeit zwischen dem Bolschewismus und Nationalsozialismus nachgewiesen zu haben, die heute mehr denn je zur Selbstentlarvung der nationalsozialistischen »Befreiungspolitik« beiträgt. In einer vor wenigen Monaten im Vita Nova Verlag, Luzern, erschienenen Schrift »Bolschewismus als Weltgefahr« hat er nach einer Darstellung des bolschewistischen Machtstaates den Nachweis geliefert, daß der Nationalsozialismus nicht nur die Methoden der Machtergreifung und Machtbehauptung dem russischen Bolschewismus entlehnt hat, sondern daß er darüber hinaus die eigentliche Weltgefahr repräsentiert.

Den bolschewistischen Staat bezeichnet Gurian als ein bewußt primitives Gebilde, als einen Zwangs- und Gewaltapparat, der dazu dient, die in ihre Elemente aufgelöste Gesellschaft vor völligem Zerfall zu bewahren und zu verhindern, daß die stets drohende Anarchie offen ausbricht. Die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung des Staates schafft die straffe Parteiorganisation, die militärischen Gehorsam und militärische Disziplin auf das gesamte politische und soziale Leben überträgt. Es gibt nur die kalte Zweckmäßigkeit der Machterhaltung und Machterweiterung. Alle Forderungen der Tradition, alle Gefühle der Humanität, alle Schranken des Rechts müssen zurücktreten. Alles geschieht im Namen der Masse und der Mobilisierung der Masse für die politischen Zwecke. Der einzelne wird nicht nur gerungen, zu allem, was das Regime tut, zu schweigen und dadurch den Anschein zu erwecken, daß er sein Freund sei, er wird darüber hinaus benützt, das Regime zu stärken. Die Fälschung der Öffentlichkeit ist nicht nur eine Unterdrückung des Volkswillens; sie wird bewußt zu einer Stütze des Regimes verwandt. Das absolutistische, nur

nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten orientierte Handeln ist verbunden mit dem öffentlichen Vortäuschen einer Freiheit des Volkes und der Masse. So kann der bolschewistische absolutistische Staat das erstaunliche Kunstwerk fertig bringen,

und der deutschen Entwicklung hin. Er stellt aber ausdrücklich fest:

»Was Lenin und Stalin tatsächlich, aber nicht satzungsgemäß in ihrer Partei waren, war Hitler offen in der NSDAP. Wie auch bei den marxistisch-russischen Bolschewi-

Wie lange noch?



gleichzeitig als der wahre Volks- und Massenstaat zu erscheinen.

Zwischen diesem bolschewistischen Machtstaat und dem Staate Hitlers besteht eine weitgehende Ähnlichkeit, die selbst von nationalsozialistischen Staatsrechtlern anerkannt wird. So bezeichnet Hitlers Kronjurist, Professor Carl Schmitt, in seiner grundlegenden Schrift »Staat, Bewegung, Volk« die Sowjetunion ausdrücklich als den Staatstyp des 20. Jahrhunderts, der im Gegensatz zum Staatstyp des 19. Jahrhunderts stehe. Ebenso wie in der Sowjetunion wird in Hitlerdeutschland die Einheit von Volk, Staat und Bewegung durch die totale Macht einer alleinherrschenden Partei geschaffen. Gurian weist auf die Unterschiede der russischen

Sten alles von oben bestimmt wird und das Volk dazu da ist, diesen Bestimmungen Beifall zu spenden, so geschah es auch bei den Nationalsozialisten, nur ganz offen, ohne alle theoretisch-doktrinaire Schwierigkeiten.« (S. 51.)

Gurian schildert im einzelnen, wie trotz der Verschiedenartigkeit der programmatischen Zielsetzungen die Grundlinien der Herrschaftsmethoden im nationalsozialistischen und bolschewistischen Staate die gleichen seien: Der Staat ist Instrument der herrschenden Partei, die diktatorisch regiert und den Anspruch auf die allein gültige Weltanschauung erhebt. Was diese Weltanschauung sei, bestimmt jeweils die herrschende Partei. Eine freie Öffentlichkeit gibt es nicht, Presse,

Literatur, Erziehungswesen, Kultureinrichtungen usw. sind Instrumente in den Händen der Diktatur. Die Masse der Bevölkerung wird gelenkt und beaufsichtigt durch einen sorgfältig ausgebauten Zellen- und Funktionärapparat. Die Rechtsanschauungen gleichen sich auffallend: Recht ist, was dem herrschenden Regime nutzt, und Unrecht, was ihm schadet. Alle Zwangsmaßnahmen sind eigentlich nur Antworten auf »Angriffe«. Terror und Ausnahmezustand sind der Normalzustand beider Regime. Sie sind in ihrem ganzen Wesen Regime gegen Feinde. Das heißt, sie müssen stets gewärtig sein, gestürzt zu werden, wenn sie in der Machtkonzentration auch nur etwas nachlassen. Um sich an der Macht zu halten, werden alle Andersdenkenden eingeschüchert und mundtot gemacht. Andererseits wird die Widerstandskraft der Gegner dadurch gelähmt, daß eine Öffentlichkeit erzeugt wird, in der nur Begeisterung und Zustimmung erscheint. Hierbei ist die Staatsmaschinerie des Dritten Reiches von Anfang an viel zuverlässiger als die des russischen Bolschewismus, da sie sich auf eine höhere technische und wirtschaftliche Entwicklung und auf traditionsgemäß gebundene national-konservative Elemente stützen kann.

Bei aller Ablehnung des Bolschewismus, wie des Nationalsozialismus, ist Gurian dennoch geneigt, in der Sowjetunion einen historisch fortschrittlichen Prozeß festzustellen, während er im Nationalsozialismus nur einen Rückfall in den nackten Machtstaat erblickt:

»So paradox es ist: Beim marxistisch-russischen Bolschewismus zeigen sich bei näherer Untersuchung trotz seiner theoretischen Unrichtigkeit und seiner praktisch sofort erkennbaren Grausamkeit Inhalte, die noch aus einer an das Naturrecht, an die übersoziale Vernunft glaubenden Welt stammen. Beim Nationalsozialismus dagegen sind diese Inhalte völlig aufgelöst, bei ihm ist der Prozeß viel weiter fortgeschritten, der die weltanschaulichen Inhalte zu Formeln werden läßt, um bestimmte politische und soziale Kräfte zu entfesseln, zu beschwören und zu lenken. Der Idealtypus bolschewistischer Weltanschauung ist also am Nationalsozialismus am klarsten zu erkennen.« (S. 68.)

Der Marxismus, der den russischen Bolschewismus bestimmt, ist, nach Gurian, an ein bestimmtes politisch-soziales Programm gebunden. Er bewirkt auch, daß in der Sowjetunion der Glaube an Vernunft und Fortschritt lebendig ist. Dem Nationalsozialismus dagegen fehlt dieser Glaube. Die Vernunft wird überhaupt nicht mehr als solche anerkannt. Ein politisch-soziales Programm mit bestimmten Inhalten ist nicht vorhanden. An die Stelle dieses Programms ist das sogenannte Führerprinzip getreten. Nationalsozialistische Weltanschauung ist der Glaube an den Führer Adolf Hitler. Das Dasein seiner Macht schlechthin erscheint als der Sinn der gesamten Existenz. Die Macht ist Selbstzweck. Der Antimarxismus und Antibolschewismus sind nur Lockmittel für die besitzenden Schichten. »Der Antimarxismus dient der Entfesselung von Trieben, die dann von der nationalsozialistischen Organisation eingefangen und ständig für ihre Machtbehauptung und Machterweiterung benutzt werden.«

Mit eindringlichen Worten schildert Gurian die Gefahren, die daraus für die ganze Welt entstanden sind: »Im Namen des Kampfes gegen den Marxismus, unter Berufung auf die in diesem Kampfe wiedererwachten gesunden Instinkte entsteht das Dritte Reich des Nationalsozialismus. Es entspricht in seiner Organisation durchaus dem bolschewistischen Sowjetstaate. Nur ist der Staat Hitlers technisch unendlich vollkommener als sein marxistischer Bahnbrecher und Vorläufer.« Zum Unterschiede vom russischen Bolschewismus, dessen Schwergewicht sich immer mehr nach innen verschiebt, ist der Nationalsozialismus expansiv. Er verbindet seine Gewaltpolitik mit einem Volks- und Rasseglauben, der die bisherige politische Ordnung Europas zu sprengen

Das schwarze Coeur

droht. Er strebt bewußt die Vorherrschaft der »besten Rasse und des besten Volkes« an, und zwar mit den Mitteln eines hochgerüsteten totalen Staates und einer Taktik, die die Welt in Sicherheit zu wiegen sucht, um die weitgesteckten Ziele der Expansionspolitik um so leichter erreichen zu können.

Gurian findet zum Schluß bittere Worte der Kritik gegenüber den Illusionen, die in den demokratischen Ländern hinsichtlich der Ueberwindung des Nationalsozialismus gehegt werden. Gleich dem deutschen Bürgertum vor und nach 1933 hoffe man, ihn durch geschickte taktische Künste leicht und unauffällig mattzusetzen. Man merke nicht, daß das, was für den Nationalsozialismus wirklich Taktik ist, d. h. Gewinnung von Zeit, um Kraft zu sammeln und die richtige Schlachtordnung herzustellen, für seine Gegner nur Schwäche und Unsicherheit bedeutet: »Der Nationalsozialismus enthüllt die moralische Krise einer Welt, für die Friede und Sicherheit, Ordnung und Recht Gegebenheiten sind, die kein Kampf und kein Wagnis erfordern und die darum sofort in Frage gestellt sind, wenn eine Macht auftritt, die es wagt, entschieden aufzutreten und unter zynischer Anwendung der friedlich-rechtlichen Terminologie systematisch an der Vorbereitung ihrer Vorherrschaft zu arbeiten. Der nationalsozialistische Machtgläubigkeit entspricht als Gegenstück eine moralische Trägheit, die vielleicht darum hilflos ist, weil sie selber spürt, wie wenig sie bereit ist, ihre schöne Terminologie wirklich ernst zu nehmen.« A. Stein.

Bananen und Lepra

Wer hat ein Interesse an hetzerischen Gerüchten?

Der Leiter des städtischen Gesundheitsamtes in Braunschweig, Obermedizinalrat Bartels, übergab der Presse folgende Notiz:

»Hier in Braunschweig soll ein hiesiger Großhändler, der täglich mit Bananen zu tun hat, durch die Berührung oder durch den Genuß dieser Früchte plötzlich an Lepra erkrankt und nach einer ärztlichen Untersuchung sofort im Flugzeug auf eine Lepra-Insel gebracht worden sein. Abgesehen von der durch die Unhaltbarkeit derartigen Gerüchte hervorgerufenen Beunruhigung der Bevölkerung ergeben sich hieraus auch erhebliche wirtschaftliche Schädigungen.«

Der »Westen«, Berlin, bemerkt dazu, unverantwortliche Gerüchte solcher Art würden jetzt auffallend oft in die Welt gesetzt.

»Bleibt also die Frage offen, ob jemand an dem Lepra-Gerücht ein besonderes Interesse haben könnte. Handelt es sich auch hier um eine berufsmäßig ausgestreute Geschichte hetzerischer Emigranten-

»Güte ist Konsequenz! Nur Konsequenz Wird Schicksal!«

(Hanns Johst, 1919.)

Es gibt im Dritten Reich eine Zeitschrift »die neue Linie«. Wie man sieht, hat sie von früherher noch etwas kulturbolschewistische Allüren, denn die Mode der kleinen Buchstaben für die Hauptwörter stammt verdächtig aus versuchten liberalistischen Zeiten. Aber der Inhalt verspricht zum Glück jeglichen Verdacht: »die neue Linie« ist nicht nur linientreu, sondern besonders total ausgerichtet. In ihrer jüngsten Nummer findet man einen Aufsatz von Hanns Johst, dem Präsidenten der Reichskulturkammer, betitelt »Garde du Coeur«. Sollte Johst, so meint man im ersten Augenblick, die Garde der klopfenden Herzen etwa in der Reichsfrauenenschaft entdeckt haben, mit ihrer ergepanzerten Chefin Frau Scholz-Klinck? Sollte sich im Dritten Reich eine sentimentalische Ecke behauptet haben, wo der stille Seelenforscher Johst den Herzentakt neben dem Rhythmus der Marschtafel vernommen hat und besingt? Der Dichter weiß uns bessere Kunde. Die Garde du Coeur — das ist Himmels wilde verwegene Jagd, die schwarze SS:

»Diese Garde als revolutionäre Elite

tenkreise oder um Verwechslungen mit andern Krankheiten — oder um eine Konkurrenzläge zum Schaden der Südfucht-Importeure? Jedenfalls scheint es an der Zeit zu sein, den Gerüchtequellen jetzt energisch auf den Grund zu gehen.

Wir möchten der deutschen Presse bei diesem »energischem Auf-den-Grund-gehen« behilflich sein und weisen sie deshalb auf das Buch »Konzentrationslager« hin (Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad 1934). Dort erzählt u. a. ein kleiner Junge, der Sohn des Konzentrationslagerhäftlings Tabaschnik, folgendes Schulerlebnis:

»Oft sagte auch der Lehrer: »Deutsche Kinder essen kein ausländisches Obst und wenn man Bananen isst, bekommt man einen Ausschlag. Da kommt man auf eine Insel, weit weg, und darf nie mehr nach Deutschland zurück.« — Ich dachte, ich will gar nicht nach Deutschland zurück, wenn ich erst auf der Insel bin. Wenn sie meinen Vater so behandeln, gefällt es mir nicht mehr. Und ich hätte mir recht viele Bananen zu essen gewünscht.« (S. 115.)

Es sind also keine »hetzerischen Emigrantenkreise«, die solche Lepra-Gerüchte austreuen. Es sind u. a. jene neudeutschen Erzieher, die sich auf höheren Befehl verpflichtet fühlen, schon die kleinen Kinder mit Autarkie-Wahnsinn zu infizieren, damit die allerhöchsten Führer später leichteres Spiel haben.

muß wissen, daß ihre Tradition nicht im Vorgehern irgendeiner Geschichtsauffassung ruht, sondern im Morgen einer neuen Geschichtsbildung wächst. Diese Garde des Dritten Reiches ist die SS... Es ist dabei festzustellen, daß es sich nicht um ein Garde du Corps der vergangenen Jahrhunderte und ihres höfischen Charakters handelt, sondern um eine Garde du Coeur des 20. Jahrhunderts... So wie die Gebetsmühlen des Tibet ihre Frömmigkeit symbolisch einschalten in den Blutkreislauf der Schöpfung, wenn sie in den Ablauf der Flüsse gestellt werden; so wie die Fahne von ihrer Gefolgschaft als pfingstliche Zunge im Odem des Schöpfers erfüllt wird, ebenso tief und über jeden Materialismus erhaben umgürtet die Liebe dieser Mannschaft, dieses verschworenen Ordens, das Leben des Führers. Das Leben des Führers bleibt auf diese Weise nicht nur eine Wirklichkeit, sondern wird zu einer Wahrheit, das heißt wird geistiges Erlebnis... Daß diese tiefe Frömmigkeit der SS hier und da mit den machtpolitischen Ansprüchen einer realpolitischen ecclesia militans hart an hart gerät, ist nicht Schuld dieser guten Frömmigkeit, sondern erweist das Uebel einer verwilligten und verstaatlichten Kirche...«

Johst ist Oberführer der SS. Er darf Autorität des Urteils und der Meinungsäußerung beanspruchen, wenn er das Gold aus den Herzensschichten seiner SS zutage fördert. Die SS hat geprügelt und gepeitscht — aus Frömmigkeit. Sie hat wehrlose Gegner und bisherige Kameraden ermordet — im heiligen Gefühl des schöpferischen Odems. Ihre Obersten haben sich Villen gebaut und Bankkonten angelegt — umgürtet von jener antimaterialistischen Gesinnung und Gesittung, die nach des Dichters Zeugnis ihr geistiges Erlebnis geworden ist. Während sie »ruck zuck« zu Paraden antreten oder ihre braunen Brüder beaufsichtigen, sind ihre Seelen in Wahrheit tibetanische Gebetsmühlen und ihre Kommandoschreie erfolgen mit pfingstlichen Zungen. Die Kirche kann ihre Schuld, daß sie die Urlaute tief versunkener Inbrunst nicht vernimmt, in diesem Leben nie wieder gutmachen! Hanns Johst, die konsequente Güte selbst, war einmal dem Coeur der »Untermenschen« (als »O Mensch!«-Dichter) verschworen und keiner Blutfahne, sondern dem Banner der Humanität. Die Humanität hat inzwischen viel ausgehalten. Es gehört zu ihren bescheidenen Errungenschaften im Dritten Reich, daß sich Hanns Johst und seine Ordensbrüder von ihr losgesagt haben.

H.

»Was wird aus unserer Technik?«

Die Sorge um die Zukunft wächst.

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« veröffentlicht in ihrer Nummer 450-51 den folgenden Warnungsruf eines Lesers:

Wenn ein junger Mann die Ingenieurlaufbahn ergreifen will, so kommt zum Studium noch 1 Jahr Praxis hinzu, denn ohne Werkstattpraxis werden Ingenieure groß gezogen, deren Leistungen für Laboratorien und reine theoretische Untersuchungen ausreichen, aber nicht als Führer in der Praxis. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein junger Mann, der Ingenieur zu werden beabsichtigte, 1½ Jahre nach dem Abitur praktisch gearbeitet hat. Als er ein Semester studiert hatte, kam die Verfügung heraus, daß keiner weiter studieren darf, der nicht freiwillig im Arbeitsdienst gewesen sei; damit war das Semester verloren und der junge Mann mußte das Studium abbrechen. Es ergibt sich nun folgende Aufstellung:

Bei Abitur 19½ Jahre,	} 4 Jahre
Praxis 1½ Jahre	
½ Jahr Arbeitsdienst 2 Jahre Militärdienst	

1 Semester Studium, das wiederholt werden muß.

4½ Jahre Technische Hochschule, ergibt ein Alter von 29½ Jahren. Also der junge Mann fängt mit 29½ Jahren an zu lernen, was die Praxis verlangt, denn darüber sind sich doch alle einig, daß die theoretischen, auf der Schule erworbenen Kenntnisse in der Praxis umgewertet werden müssen, je nach der Beschäftigung, welche die jungen Leute haben.

Daß eine Änderung eintreten muß,

ist wohl ganz klar, nur möchte ich wünschen, daß dies bald kommen möge. Die Rohstofffrage bildet in Deutschland ein außerordentlich wichtiges Kapitel, ebenso wie der Export. Wir Deutschen können aber nur exportieren, wenn wir den anderen Völkern etwas bieten können, was diese nicht haben. Da heißt es, alle geistigen Fähigkeiten entwickeln und unausgenutzt arbeiten, um an der Spitze zu bleiben. Wer möchte unter diesen Umständen noch Diplom-Ingenieur werden? Was wird dann aber aus unserer jetzt noch hochstehenden Technik?

Selbst in Deutschland merken also immer mehr Leute, wohin die Reise geht. Aber ihre Angstfrage werden den Wagen nicht zum Stehen bringen.

Laßt Blumen schweigen!

Bisher war es nur verboten, den Wagen des Führers mit Blumensträußen zu bepflanzen. Jetzt meldet die deutsche Presse:

»Bei Besuchen führender Persönlichkeiten der Partei und des Staates werden von einzelnen Volksgenossen trotz Verbotes immer noch Blumen und Sträuße in die fahrenden Kraftwagen geworfen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Werfen von Blumen als Zeichen der Zuneigung in die fahrenden Wagen durchaus unerwünscht ist und daher von der Polizei unterbunden werden muß.«

Somit ist also der Schutz vor verdächtigen Ovationen auch auf die Unterführer ausgedehnt worden. Selbst Blumen sprechen zu lassen ist in dem schweisgsamsten aller Länder verboten.

H.

Nordische Verirrung

Ganz oben inmitten von Gletschern und Fjorden da hausen die nördlichsten sämtlicher Norden und bilden — nach ernsthafter russischer

Wägung —

die reinlichste Aufzucht germanischer Prägung.

Nahel bei Urd und Verdandi und Skuld, näher denn alle bei Walvaters Hald.

In Deutschland verwies man bis dahin noch jeden, den Zweifel befielen, begeistert nach Schweden:

sieht so, sprach man, sollen die Kinder einst werden

auf deutscher, vom Juden gereinigter Erden, Kinder von Göbbels und Kinder von Ley.

Kinder, bei Wotan, so schön wie der Mal.

Doch traue der Teufel naturblonden Haaren! Die Schweden, anstatt sich um Hitler zu scharen,

die Dänen auch, untreu den nordischen Bräutchen,

die heißen sich schnurstracks marxistisch versuchen.

Weh uns, im Norden, in Allvaters Licht da spuckt man dem Rassestolz grad ins Gesicht.

In England, in Holland ist's ziemlich das Gleiche,

man richtet sich nicht nach dem drittbesten Reiche.

Grad da, wo die arischen Blutkörper schwimmen

besteht man darauf, demokratisch zu stimmen.

Nordische Menschen im Ost und im West lassen Tyrannen wie Giftaach und Pest.

Was mag da bloß los sein? Mich packt so ein Ahnen,

als wären es gar nicht die rechten Germanen, die jetzt in Deutschland auf's Ariertum

rosen

und tausende Deutsche des Landes verweisen. Entweder sind alle Arier der Welt jüdisch versippt, pazifistisch geprellt, untermenschlich erweicht und verbogen oder in Deutschland — wird furchtbar gelogen. Hugin.

Brandelmann

Bekehrt durch Ley...

Ein Roman, der längst fällig war, zielt die Auslagen der Buchhandlungen in Deutschland. Er heißt »Brandelmann auf großer Fahrt«. Wer ist Brandelmann? Ein dickköpfiger Marxist, der noch unter Hitler stur an die überlieferten Ideen des Sozialismus glaubte; »von Haus aus ordentliche Leute«, waren Brandelmann und die Seinen schon lange vor den 14 Jahren der »Schmach« unter die roten Räuber gefallen, die sie mit Leib und mit Seele gefangen hielten. Wie aus diesen marxistisch versuchten Saulussen begeisterte braune Paulusse wurden, das ist der Inhalt dieses Romans von Gerhard Starcke, der sich damit einen der nächsten Literaturpreise des Propagandaministeriums erschrieben hat.

Dieser Brandelmann wollte als alter treuer Gewerkschaftsfunktionär in einem Berliner Druckereibetrieb mit seinen Kameraden nicht an den Retter und Führer glauben. Zu vaterlandslosen Untermenschen jahrzehntelang erzogen, waren sie ohne Sinn für die hohen Güter der Nation. Aber Starcke zeigt uns nun, daß selbst in diesem suspekten Brandel-

mann ein gesunder nationaler Fundus unzerstört geblieben war, gepflegt von seiner guten und mütterlichen Frau. Als nun Ley auf der Bildfläche erscheint und ihm eine »Kraftdurch-Freude-Fahrt« nach dem Norden anbietet, da wird bereits die erste Bresche in diese störrische Festung geschlagen. Freilich, die Eroberung geht nicht so schnell; sonst würde ja Starckes Roman nicht auf die obligaten 250 Seiten kommen. Der Leser erlebt zugleich den Herzenskonflikt eines wackeren SA-Mannes mit einem lieben braunen Mädel auf der Reise. Damit aber gar nichts fehle in dieser Romankonfektion an der Stange, wird noch eine hochmütige Fabrikantenfrau namens Elvira Boltenstern zum schlichten neudeutschen Erlebnis bekehrt. Vor dieser totalen Offenbarung der echten Volksgemeinschaft sehen wir am Ende auch unsern Brandelmann gänzlich hingerissen. Mit Kraft durch Freude rauschen die Akkorde der wahren Volksgemeinschaft. Keiner bleibt übrig, der nicht sein Herz an den Ley verlor und in heiliger Ergriffenheit eine Führerrede durch die Aetherwelle belauscht.

Die braune Presse prophezeit dem Buch einen großen Erfolg. Wir zweifeln nicht daran. Der Autor hat ein Wunschbild des Dritten Reichs ins Gemeinverständliche projiziert: das Verlangen, die widerspenstigen, durch nichts zu bestechenden Widersacher des Regimes, die mit der Arbeiterbewegung aufgewachsen sind, endlich in ihre Hürde zu locken. In Kürze wird das Buch in allen braunen Bibliotheken stehen und seinen Autor durch zahlreiche Auflagen nähren. Aber die wirklichen Brandelmanns werden diesem Starcke und seinen Auftraggebern das zeigen, was die lauten und die

sanften Rattenfänger immer wieder zur hellen Verzweiflung bringt: die Reversseite.

H.

Der Wartesaal

Weg mit Hauptmann, Strindberg, Ibsen!

Die Orakel der Nazipresse über die »neue Kunst, die einmal kommen soll, ist unermüdlich und hängt den Lesern schon zum Halse heraus. Nur ab und zu liest man in den Naziblättern einmal etwas Konkretes über das, was nicht sein soll, so jüngst in der Preußischen Zeitung:

»Wenn z. B. gefragt wird, warum so wenig Werke von Gerhart Hauptmann gebracht werden, so müssen wir darauf antworten — es ist nicht nur die naturalistische Form seiner meisten Dramen, die uns nicht mehr zusagt, es ist das falsche, wehleidige, depressive Mitleidethos. Darum können wir nichts mehr mit den Stücken anfangen, die sich damit begnügen, soziale Mißstände zu schildern und zu bemitleiden.«

Es könnte sonst bei solchen Stücken zu viel Kritik am Dritten Reich herausspringen. — Auch mit den großen Norden ist es ein Kreuz:

»Und ebensowenig können wir zu Strindbergs naturalistischen Dramen ja sagen, die mit unerhörter Schärfe, aber mit tiefstem Pessimismus die menschliche Seele psychologisch zergliedern und zerfasern, bis das Leben nur noch als ein Inferno erscheint.«

Dagegen bejahen wir absolut seine Märchenspiele, in denen ein reiner Wille über eine böse Welt siegt, und vor allem seine großen Geschichtsdramen... Fallen muß auch der Ibsen der Gesellschaftstücke, über deren Probleme wir längst hinaus sind, während der Romantiker und Geschichtsphilosoph Ibsen mit seinem »Peer Gynt« und seinem »Kaiser und Galliker« uns noch Wesentliches zu sagen hat.

Spaziergang nach Paris

demokratischen europäischen Staates trägt — heißt es:

Im Deutschen Reich erscheinen neben den Kriegsbüchern auch noch Bücher, die sich mit gänzlich unpolitischen Themen befassen. Diese Unterhaltungsliteratur unterscheidet sich dadurch von den Kriegsbüchern, daß sie die Dinge, die in den militärischen Büchern nur verschämt, unklar und mit Decknamen ausgesprochen werden, in aller Unverschämtheit mit dem richtigen Namen nennt.

Diese deutsche Unterhaltungsliteratur steht in den staatlichen Minderheitsbibliotheken für die Deutschen, in den an Deutschland grenzenden Staaten. Sie muß deshalb ausgezeichnet getarnt sein. Sie muß die Zensoren der anderen Staaten auf den ersten fünfzig Seiten vor Langeweile umbringen und nur dem emsig schürfenden treudeutschen Mann auf einigen Seiten etwa in der Mitte des Buches die wahren Weisheiten enthüllen.

Ein solches Musterexemplar von einem Göbbelischen Werberoman ist ein neues Buch aus dem Grunow-Verlag in Leipzig. Es nennt sich »Leuchtfener im Monde« und »Phantastischer Roman«. Wenn dem Zensor die Titel noch nicht ausgesprochen harmlos erscheinen, kann er ja zu lesen beginnen:

»Noch regte sich kaum das Leben der großen Stadt, als Gerda Sanden schon frisch und munter vor dem Spiegel stand und ihre schöne, stolze Erscheinung einer letzten Prüfung unterzog. Wie sie so dastand, im leichten Morgengewand, mit einer lässigen Bewegung einige vorwitzige braune Löckchen aus der Stirn streichend, bot sie ein reizendes Bild. In den dunklen, schelmischen Augen lag noch der Abglanz eines glücklichen Traumes, als sie, an das geöffnete Fenster tretend, in den morgenfrischen Garten hinausblickte, der die kleine Villa Dr. Sandens umgab.«

Allein das »reizende« Bild genügt um alle vernünftigen Leser zusammen mit dem Zensor sagen zu lassen: Was kann da schon in einem solchen Schinken noch passieren. Schon nach dem Inhaltsverzeichnis kommen nach den ersten gedankenreicheren Kapiteln — Rakete zum Mond. Stadt unter dem Mond. Lichtsignale — die ganz platten sogleich danach: Gerda in Not. Ein junger Retter. Junge Liebe. Sonnenschein über der Heide. Gerda Sandens Fahrt ins Glück.

Erst Seite einhundertachtundvierzig beginnt Göbbels die goldene Zukunft zu verhießen:

»Der Rundfunk meldete sich. Das Mädchen borchte interessiert auf die durchgegebenen Nachrichten:

»Die französische Luftflotte, die in der vergangenen Nacht die Stadt Essen mit Brand-, Spreng- und Gas-Bomben angriff, ist in heftigem Kampfe über belgischem Gebiete von den schnell zusammengezogenen deutschen Luftstreitkräften vernichtet worden. Eine größere feindliche Streitmacht, die einen Angriff auf Köln unternahm und eine andere, gleichstarke, die in Richtung Berlin operierte, sind durch eine neuartige Abwehrwaffe zum Niedergehen gezwungen worden und die Besatzungen gefangen gesetzt. — Eigene kleinere Abteilungen erschienen über Paris und den größeren Städten Frankreichs und führten

dort erfolgreiche Angriffe durch. Deutsche Infanteriedivisionen, durch Transportflugzeuge gelandet, operieren bereits im Rücken der Festungskette Belfort-Verdun. Mitteldeutsche Regimenter, in gleicher Weise ins Feindesland gebracht, marschieren auf Paris. Deutsche U-Boote beschließen die französischen Küstenplätze. Feindliche Transportschiffe, die Kolonialtruppen nach dem Kriegsschauplatz befördern sollten, sind von deutschen U-Schiffen der nach Ostasien dirigierten Flotte versenkt worden.

Die unerwartete Kriegsbereitschaft der Deutschen erregt in der ganzen Welt Erstaunen, zumal auch schon Luftgefechte zwischen Deutschen und Sowjetrussen für uns siegreich verlaufen sind.

Im Augenblick der Meldung befindet sich der französische Kriegsminister bereits unterwegs zur Reichshauptstadt, um Waffenstillstandsverhandlungen mit dem Ziele eines möglichst baldigen Friedens einzuleiten.

Gerda atmete befreit auf und jeder Deutsche mit ihr. Die Ereignisse der letzten Stunden waren so unvermittelt eingetreten, daß kein Mensch darauf vorbereitet gewesen war.

Eine laute Freude brauste durch das Reich. Dorf und Stadt hüllten sich in reichen Flaggenschmuck, überall flatterte das Hakenkreuzbanner lustig im Winde.

Der Deutsche Reichskanzler wandte sich in einem flammenden Manifest an die Bevölkerung. Er rief die Reservisten zu den Waffen auf. Vorläufig wußte noch niemand, wohin die Marschrichtung der deutschen Armeen gehen sollte, ob nach Frankreich oder in den fernen Osten.

Da überraschte eine frohe Kunde, die an den Lautsprechern Harrenden.

»Nach vierundzwanzigstündigem Waffenpause ist der Friede zwischen Deutschland und Frankreich heute geschlossen worden. Der Feind nimmt die milden Bedingungen der Deutschen Reichsregierung an; Rückgabe Elsaß-Lothringens und endliche Anerkennung der Deutschen Oberhoheit über seine ehemaligen Kolonien. Letzterem Punkt kommt zwar nur eine formale Bedeutung zu, weil die Schutzgebiete schon seit Jahrzehnten unter deutscher Verwaltung stehen, er ist nichtadestoweniger von Wichtigkeit, weil Frankreich damit die angemaßte Vormundschaft über die Völker Europas aufgibt.

Da Asien seine Kriegsvorbereitungen in einem unerwarteten Ausmaße trifft, findet morgen unter dem Vorsitz des deutschen Reichskanzlers eine Fernkonferenz statt, die von Berlin aus geleitet wird. Damit ist von allen europäischen Staaten die Führung aller Aktionen den Deutschen zugesprochen worden.

Vielleicht wäre es nicht zu diesem raschen Friedensschluß gekommen, wenn nicht unter der Drohung eines deutschen Einmarsches in Paris auch in Frankreich die längst fällige nationalsozialistische Regierung sich gebildet hätte. Bekanntlich ist es zu einem Eingreifen der Kleinen Entente gar nicht erst gekommen, da in diesen Kleinststaaten schon die drohende Kriegsgefahr die Nationalsozialisten an die Macht geführt hatte.

Somit bleibt Rußland der einzige europäische Staat, der eine dem Nationalsozialismus feindliche Stellung einnimmt.

Auf zwei kurzen Seiten ist das wahre Gesicht des Dritten Reiches enthüllt und Europa unter seinen Stiefel gestellt worden. Es ist die Gebrauchsanweisung zu Hitlers »Mein Kampf«, eine ganz moderne Gebrauchsanweisung. Es fehlen nicht die Fliegenden Regimenter, die im Rücken der französischen Maginot-Linie gelandet werden. Es fehlen nicht die deutschen Störsender — die Geheimwaffen aus der Immer-feste-druff-Propagandakiste des Ministers Göbbels — die die französische Luftarmee vom Himmel holen. Es fehlt nicht der herrliche Traum des »Führers: Ein besiegter französischer Kriegsminister ihm zu Füßen in Berlin, um Gnade wissend.

Der Feind nimmt die milden Bedingungen an, er gibt Elsaß-Lothringen zurück! Klassisch ist in wenigen Sätzen die deutsche Taktik zur Rückgewinnung von Kolonien geschildert. Eine Melodie, deren Präludium Hitler auf dem Nürnberger Parteitag eben zu spielen begonnen hat.

»Endliche Anerkennung der deutschen Oberhoheit über seine ehemaligen Kolonien. Letzterem Punkt kommt zwar nur eine formale Bedeutung zu, weil die Schutzgebiete schon seit Jahrzehnten unter deutscher Verwaltung stehen.«

Neben diesen milden Bedingungen geht die Führung Europas nach einem 24-Stunden-Krieg an Deutschland über. Alle europäischen Staaten — und besonders betont: Frankreich, die Kleine Entente — sind zu willfährigen Apportierhunden unter nationalsozialistischer Vormundschaft geworden. Nur einer blieb auch in den herrlichsten Wunschträumen Deutschlands nicht auf zwei Seiten besiegbar, das ist Sowjetrußland. Zweihundertfünfzig Seiten dauert der Angriffskrieg des unter Hitler botmäßig gewordenen Europas gegen Asien. Mit Einsatz aller Göbbelsphantasie muß dieser Krieg auch schon im Wunschtraum geführt werden. Seine berechenbaren realen militärischen Kräfte hält man für zu schwach.

Stratosphären-Raketen-Bomber — das sind normale schwere Bomber, die durch zusätzliche Raketentriebwerke in Höhen von zwanzig Kilometern angreifen können — müssen eingesetzt werden. Bezeichnenderweise sind diese Bomber vom Sturmvogel-Typ als normale Verkehrsmaschinen aus den Friedensjahren geschildert. Es heißt dazu im Buch auf Seite 217:

»Wie viele Flugzeuge der Deutschen Luftwaffe, so war auch der »Sturmvogel« eine Maschine, die kriegsverwendungsfähig war.«

Zwischen diesen Schilderungen des Krieges, die die Klugheit und technische Ueberlegenheit dem braven Leser eintrichtern soll, werden in kühnen Quantitäten die politischen Weisheiten verzapft.

In diesem Buch deutschen Größenwahns — das nebenbei noch einmal gesagt die Stempel einer staatlichen Leihbibliothek eines

Denn diese Märchenspiele und geschichtlichen Dichtungen karambolieren wenigstens nicht so sichtbar mit dieser morschen, kritikbedürftigen Welt, deren traurigster Ausläufer Gangsterien ist. Also weg mit dem stärksten dessen, das die Großen einer »liberalistischen Zeit« hinterlassen haben. — Doch auch mit gewissen heutigen Wortführern steht es so. Wir lesen da in einem anderen langatmigen Aufsatz desselben Naziblattes:

»Aber wir selbst wollen ... über dem neuen schöpferischen Werden eifersüchtig wachen. Wir dulden nicht die Wortführung derer, die in vergangenen Jahren fern von unserem Kampf ein losgelöstes Können übten, mit dem uns zu überrennen ihnen da und dort gelungen ist; die damals die im Leben unseres Volkes beschlossenen Bindungen höhnten, unter deren Gebot wir uns freiwillig begeben hatten; die heute diesen Hohn von einst mit Programmen zuzudecken sich bemühen; Programmen, die nur laut und grell sind ... Darum sei es noch einmal gesagt: Wir mögen die Wortführung derer nicht dulden, die uns in unserem Kampf nicht verstanden haben ...«

Wer sind denn diese Wortführer, die heute drüber »laute Programme« machen und andere alte Nazis überrannt? An der Spitze der braunen Programmierer stehen Johst und Blunk, die allerdings eine Weile brauchen, ehe sie festen Anschluß ans Hakenkreuz fanden ... Hier meckert zweifellos ein Junger, der Namen noch nicht zu nennen wagt und mit anderen wartet, bis ihre Zeit gekommen ist. Denn im hitlerischen Deutschland wartet immer eine Clique auf die schwache Stunde einer anderen.

Kriegsdichter

Vom 6. bis 10. Oktober findet in Berlin ein Kriegsdichter-Treffen statt. Das Ereignis des Krieges ist an keinem wahr-

haften Dichter spurlos vorübergegangen, und wer seine schöpferische Kraft an der Problematik des Krieges geübt hat, ist darum noch kein »Kriegsdichter«. Die Schaffung dieser Bezeichnung ist originale Erfindung des Dritten Reiches, bezeichnend für seinen Ungeist, wie für die unwürdige Rolle von Systemkreaturen, die Dichter auf sich nehmen, wenn sie sich in dies Schema pressen lassen.

An diesem Kriegsdichter-Treffen werden neben Manfred von Killinger, dessen rohe Landknechtserinnerungen ihn als »Kriegsdichter« qualifizieren, Max Barthel und Karl Bröger teilnehmen. Die offizielle Abstempelung als »Kriegsdichter« neben Killinger ist gerechte Strafe für ihre Gleichschaltung, auf die alle Aufrechten mit Verachtung sehen.

Geistige »Sachbefunde«

Ein Beispiel neudeutscher Sprachschöpfung.

Eine der geistigen Größen des Dritten Reiches, der Leiter des rassenpolitischen Amtes, Dr. Walter Groß, hat soeben zwei Schriften herausgegeben: »Rasse, Weltanschauung und Wissenschaft« und »Der Rassengedanke im Neuen Deutschland«. Es handelt sich um die Publizierung von Vorträgen, deren Inhalt, wie der Referent der DAZ sagt, bereits zum heiligen und vertrauten Gut der Nation gehört. Warum sie aber mit besonderer Ausführlichkeit als deutsche Offenbarungen gewürdigt werden, verraten die folgenden Stellen aus der Besprechung:

»Der politische Appell setzt an die Stelle sachgestützten Beweises die gläubige Ueberzeugung und Gewißheit, die sich durch bestätigende Sachbefunde bereichert findet, ohne von Gnaden derer Vorfindlich-

keit ihr eigenes ursprüngliches Leben zu beziehen, an Stelle innerstandpunktlicher Ziselierung die Aufspürung der den Standpunkt einhüllenden politischen Belange und Konsequenzen, an Stelle des philosophischen Pathos als des zur Leidenschaft gesteigerten Gedankens das politische als die in der Form des Gedankens nur zur Selbstübermittlung auftretende Leidenschaft. Thesen werden nicht gesponnen, sondern gleichsam herausgeschleudert. Die Reflexion tritt innerhalb dieses Stübchens nicht Erkenntnis fundierend auf, sondern parenthetisch vermittelnd zwischen die Pfeiler eines Bekenntnisses, die ihren eigenen andersgearteten Grund besitzen ...«

»Und das Medium der gedanklichen Bewegung ist nicht das unverbindliche theoretische Mögliche, um die die Diskussion kreist, sondern das geschichtliche Notwendige, die für den, an den die Rede ergeht, zugleich imperiative Verbindlichkeiten bedeuten.«

Das dürfte in der Tat kein Leser übersehen, selbst wenn er es nicht versteht. Eine solche innerstandpunktliche Ziselierung, um im Stil unseres Autors zu bleiben, bekundet allein durch die Kühnheit ihrer sprachlichen Diktion die kristallklare Einfachheit des neudeutschen Weltbildes. Die Schriftsteller und die Wissenschaftler der vorhitlerischen Ära fallen dagegen erschütternd ab, völlig zu Recht, denn sie sind eben mit solcher »Gnade der Vorfindlichkeit« niemals gesegnet worden.

Da muß man lachen

Im »Westdeutschen Beobachter«, der im Schatten des Kölner Domes gedeiht, gibt Wejot den Lesern einige Rezepte, wie man selbst in grauen und sorgenvollen Tagen zu Lachen und Fröhlichkeit kommen kann. Da-

bei erinnert er sich seiner Soldatenzeit im Kriege und schreibt:

»Und dann haben wir als Soldaten manchmal gelacht! Hahaha! Wir haben uns in manchen Stunden gefreut, wenn es sein mußte immer über denselben Witz. Und haben gelernt Goethes Götz, jenes unsterbliche Zitat der deutschen Sprache, nicht nur prahlrisch im Mund zu führen — wie man es in friedvollen Zeiten manchmal tut —, sondern uns in unsern Lebensmaximen auch danach zu richten. Unre Handlungen waren knapp und schlagartig, unsere Gedanken und Ueberlegungen durchaus nicht kompliziert, der gesunde Menschenverstand gab den Ausschlag, und der ist bekanntlich ein noch besseres Ruhemittel als ein gutes Gewissen; unser Lachen aber war laut, dröhnend, einer Kriegsdrommete ähnlich, besonders bei uns neunzehnjährigen Kriegsveteranen, die wir dann aus dem Weltkrieg hell zurück, aber aus dem jüngerhaften Stimmbruch noch nicht ganz heraus waren.«

Ja, das Lachen war kein Ende, als die Kugeln piffen und die Mienen platzen. Sie hatten ja alle neben ihrem »Faust« ihren »Götz« im Tornister: Hahaha! Der wackere Wejot, der es »erlebte«, muß es besser wissen als wir, was es zu bedeuten hat, daß die sonigen deutschen Soldaten das unsterbliche Zitat »nicht nur prahlrisch im Munde führten.«

Ueber ihn selbst sind wir uns freilich nicht im unklaren. Dieser fröhliche Lächler ist ein typischer Fall: hier produziert einer einen gewissen eingeklemmten Affekt mit der dazugehörigen Abreaktion im Freudischen Sinne. Kurz, es handelt sich unzweifelhaft um einen aus der Garde der braunen Hinterfrontmarschälle und Jugenderzieher, die die Neunzehnjährigen des nächsten Weltkrieges auf männliche Weise ertüchtigen.

Wo bleibt das Geld der Arbeitsfront?

Der verschleierte Rechenschaftsbericht

Vor einiger Zeit veröffentlichte eine Studentenzeitschrift »Akademische Blätter«, entgegen dem Verbot der Arbeitsfront, den Wortlaut einer Rede, die ein Industrieller auf der Frühjahrstagung der Reichsarbeitskammer gegen die immer unerträglicher werdenden Lohnabzüge gehalten hatte. Nach den Angaben des Redners würden im Durchschnitt 23,3 Prozent des Lohnes für Steuern, Sozialabgaben und vor allem für die zahllosen Naziorganisationen beansprucht. Der Industrielle bemerkte, daß es die Unternehmer »mit besonderer Sorge erfüllte«, den wachsenden Widerstand der Arbeiter gegen diese »Nazi-Bonzensteuer« beobachten zu müssen. Er verlangte energisch den Abbau der Parteisteuern, da die Arbeiter sich diese »Beiträge am Munde absparen« müßten und deshalb Lohnerhöhung verlangten.

Der Reichsorganisationsleiter Ley begnügte sich, als Antwort auf dem Nürnberger Parteitag zu erklären, daß der deutsche Arbeiter »genügend« verdiene, um sich eine »ordentliche Ernährung« leisten zu können. Nun ist die Deutsche Arbeitsfront die stärkste Nutznießerin jener Bonzensteuer, und man durfte gespannt sein, wie sich ihr Schatzmeister auf dem sog. Parteitag über die Finanzgebarung dieses Riesensatzes verantworten würde. Aber Nürnberg schwieg sich in dieser Frage, die heute zu einem wesentlichen Bestandteil des deutschen Lohnproblems geworden ist, in allen Tonarten aus. Die dick aufgemachten Parteitageberichte enthielten auch nicht ein Wort, wohin Hunderte von Millionen der Arbeiterbeiträge zur Arbeitsfront geflossen sind. Auch nach dem Parteitag hatte die Nazipresse für die Rechnungslegung dieses Monstervereines keinen Raum.

Erst jetzt bringt die amtliche Korrespondenz der DAF versteckt unter der Abteilung »Deutsche Sozialpolitik« eine kleine Notiz über den Tätigkeitsbericht, den der Ley auf der Sondertagung der Arbeitsfront gegeben haben soll.

»Reichsleiter Dr. Ley«, so schwindelt die DAK »hat auf dem diesjährigen Reichsparteitag wieder einen umfassenden Rechenschaftsbericht über die Arbeit der DAF gegeben, der einen guten Einblick in das soziale Aufbauwerk des neuen Deutschland vermittelt.«

Was dann an Einzelheiten folgt, ist eine einzige Bilanzverschleierung und gibt »einen guten Einblick«, welcher unerhörter Betrug an den Mitgliedern der Arbeitsfront im »neuen Deutschland« verbüßt werden darf. Abweichend vom Vorjahr wird noch nicht einmal die Mitgliederzahl angegeben, sondern »berichtet«, daß die DAF heute 95 Prozent aller schaffenden Deutschen umfaßt. Nach der amtlichen Statistik betrug die Gesamtzahl der Erwerbstätigen rund 33 Millionen, so daß sich eine Gesamtmitgliederzahl von 21 bis 22 Millionen ergibt. Es soll aber unmöglich gemacht werden, daß sich die Gefolgschaften die wirkliche Beitragseinnahme errechnen können. Ley berichtet:

»Die monatlichen Beiträge sind von 23,8

Millionen im August 1935 auf mehr als 30 Millionen im August dieses Jahres gestiegen.«

Diese Augustziffer gibt aber keinen »guten Einblick« in die wirkliche durchschnittliche monatliche Beitragssumme, denn im August 1936 wurden mit scharfen Maßnahmen Beitragsrückstände eingetrieben. Es ist bekannt, daß der Beitragseingang außerordentlich schleppend vor sich geht. Der Berichterstatter aber sagte:

»Der Beitragseingang beträgt nicht weniger als 96 Prozent des Beitragssolls, ein sprechendes Zeichen für die allgemeine Bereitwilligkeit, an der Arbeitsfront mitzuarbeiten.«

Wenn es stimmen würde, daß nur 4 Prozent der Mitglieder keine Beiträge bezahlt haben, so ergäbe sich auch dabei, daß 880.000 Gefolgschaftsmitglieder »die allgemeine Bereitwilligkeit« vermissen ließen. In Wirklichkeit muß die Gesamtzahl der Nichtzahler ungleich größer sein. Die Beitragssätze bewegen sich zwischen 120 Mk (bei 60 bis 80 Mk Monatslohn) bis zu 12 Mk Höchstmonatsbeitrag. Auch wenn man den Durchschnittsbeitrag nur mit 2,50 Mk annehmen wollte, müßte eine monatliche Beitragseinnahme von 55 Millionen herauskommen, während für den durch Rückstände aufgefüllten Beitragssatz August nur 30 Millionen eingegangen sein sollen. Wir fragen den Ley und seinen Schatzmeister: Welche Beitragssumme ist nun 1935 in Wirklichkeit eingegangen? Warum wird die Wahrheit verschwiegen?

Noch nichtssagender als die Prozentziffern über den Beitragseingang sind die Bemerkungen über die Ausgaben, d. h. die Verwendung der Arbeitergroschen. Ley »berichtet«:

»Die DAF hat an Zuwendungen für kulturelle und soziale Zwecke an andere Einrichtungen rund 20 Millionen RM geleistet.«

Im Vorjahr waren noch frisierte Ziffern über die ausgezahlten Unterstützungen, Bildungsausgaben und Verwaltungskosten bekanntgegeben worden. Diesmal sind über die Ausgaben der DAF überhaupt keinerlei Angaben zu finden. Diese unübersichtbare Mißwirtschaft nennt man im Dritten Reich: »Soziale Selbstverwaltung«.

Wir wissen nur, daß 30.000 DAF-Walter von den Beiträgen reichlich versorgt werden, und Ley berichtet weiter, daß die DAF 25.000 »Lehrkräfte« beschäftigt, das wären 55.000 Bonzen, die sich auf Kosten der deutschen Arbeiter mästen können und in Luxusautos dahinrollen.

In dem sagenhaften Bericht wurde noch mitgeteilt, daß die monatlichen Uberschüsse »von 2 Millionen im Vorjahr auf 7,5 Millionen RM im letzten Monat steigen konnten. Das würde nach Leys Angaben folgende Rechnung ergeben: Wenn die Monateinnahme 30 Millionen, die monatlichen Uberschüsse 7,5 Millionen betragen hätten, so müßte der Jahresetat wie folgt aussehen:

Jahreseinnahme	360 Mill. RM
Jahresüberschuß	90 „ „
Jahresausgabe	270 „ „

Zahlungsmitteln gegenüber den ausländischen Gläubigern des Deutschen Reiches und der deutschen Industrie zur Anwendung bringt.

Die Aengstlichen!

Seit dreieinhalb Jahren üben die Nationalsozialisten ihre barbarische Diktatur über Deutschland aus. Aber noch immer haben sie Angst vor den Männern, die früher als Sozialdemokraten die Rechte und die Freiheiten des Volkes verteidigt haben. Neben den grausamen Folterungsmethoden bekommen sie jetzt noch die kleinlichste Rache zu spüren!

So meldet der nationalsozialistische deutsche Zeitungsdienst, daß das Kreisamt in Gießen einen Mann die Erteilung eines Wandergewerbescheines mit der Begründung verweigert habe, daß der Gesuchsteller vor der Machtübernahme zu den schärfsten Gegnern der NSDAP gehörte und sich als Volkswirtschaftler betätigt habe. Es bestehe bei ihm die begründete Befürchtung, daß er sein Gewerbe zu staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen werde!

Eine Klage, die von dem Betroffenen eingebracht wurde hat der Verwaltungsgerichtshof abgelehnt.

Wie der Mann, angesichts des Verbots sein Gewerbe auszuüben, mit seiner Familie existieren soll, das hat ihm das Gericht nicht verraten!

Die früheren Verbandsunterstützungen für Kranke, Invaliden usw. sind erheblich gekürzt worden, die Reisen von »Kraft durch Freude« werden in der Hauptsache durch Sparkarten von den Teilnehmern finanziert. Preisfrage: Wofür verausgabt die DAF im Monat 22,5 Mill. RM, wie hoch waren vor allem die Verwaltungskosten, die nach Leys Bemerkung »prozentual« gesenkt worden sein sollen?

Es grenzt geradezu an betrügerischem Bankrott, wenn Ley weiter ausführte:

»Das Gesamtvermögen der DAF beträgt etwa 300 Millionen RM, davon 80 Millionen in bar.«

Die DAF müßte nach ihren eigenen Angaben in den drei Jahren ihres Bestehens einige hundert Millionen Uberschuß eingeheimat haben. Die DAF hat aber den früheren Gewerkschaften, ihren Eigenbetrieben und Unterstützungsvereinen nach einer detaillierten Aufstellung der »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« 400 Millionen RM geraubt. Diese Zahlenangaben sind bei den in Deutschland schwebenden Arbeitsgerichtsprozessen früherer Angestellten der Gewerkschaften gerichtsnotorisch geworden. Wenn es zutrifft, daß die DAF heute nur über 300 Millionen RM Vermögen verfügt, so hätte sie kaum ihre in drei Jahren erzielten Uberschüsse erhalten können.

Das hieße, daß die »Treuhand« des mühsam aufgespeicherten Arbeitervermögens der früheren Gewerkschaftsbewegung im Ausmaß von vierhundert Millionen RM für das Wohlbefinden ihrer Bonzen verschleudert haben, soweit es nicht in Unterschlagungen verloren gegangen ist.

Um den »guten Einblick« zu vervollständigen, den der Ley »in das soziale Aufbauwerk des neuen Deutschland« in Nürnberg vermittelt hat, ergänzen wir seinen »Rechenschaftsbericht« mit einem Satz des »Angriffs« Nr. 211 vom 8. September 1936. Diese Tageszeitung der DAF schreibt, daß in einem Prozeß am Landgericht in Koburg

»in aller Öffentlichkeit klargestellt wurde, daß man bei der angegebenen wirtschaftlichen Lage in der deutschen Heimindustrie Stundenlöhne von 30 Pfennig für Facharbeiter und 20 Pfennig für Hilfskräfte als normal ansehen mußte.

Dieser »Rechenschaftsbericht« des Ley, an dem man nach seinen Worten die Leistungen der DAF ermesnen könne, hat vor der deutschen Arbeiterschaft eine Mauer faustdicken Betrages errichtet, hinter der sich die ganze Demoralisierung der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei verbirgt. Es war aber diesmal zuviel, was verschwiegen worden ist. Die Gefolgschaften werden ihre »Walter« fragen und immer wieder fragen: Wo bleibt das Geld der Arbeitsfront?

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Dn. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

lassen Erbe unserer Vorfahren. Ich meine damit natürlich nicht unsere deutschen Vorfahren, sondern spreche von den Europäern im allgemeinen. Der Weltkrieg, der zum ersten Male farbige Truppen in großer Anzahl auf den europäischen Schlachtfeldern sah, hat das Rassenbewußtsein der Farbigen geweckt. Die nachfolgende bolschewistische versuchte Zeit tat ein übriges. Wohin wären wir gekommen, wenn nicht zur rechten Stunde das nationale Selbstbewußtsein der europäischen Völker erwacht wäre. Dieses Erwachen nahm über Italien und Deutschland seinen Weg und ermunterte nach und nach alle Völker. Der liberalistische Geist hätte uns unweigerlich in das Verderben geführt, denn er drohte uns den Farbigen gegenüber wehrlos zu machen. Heute erkennen wir, wie notwendig die Entwicklung zum nationalen Staat war. Einsichtige Männer mußten die Gefahr, die uns von den Farbigen drohte, schon früh erkennen. Ich lese sehr viel in den alten Schriften und muß bei Betrachtung der jetzigen Weltlage an das vielverhöhte Wort des letzten deutschen Kaisers denken: Völker Europas! Wahrt Eure heiligsten Güter!

Wie tief aber muß Hitler und seinen Schreibern der Respekt vor den wilden Sowjetasaten sitzen, wenn sie — die noch eben Frankreich zum Frühstück verzehrt haben — den Sieg nicht einmal zu träumen wagen.

»Niemand wieder seit dieser Zeit durfte der Fuß eines Farbigen die Grenzen eines europäischen Staates überschreiten. Kein Weißer unterrichtete sie ferner in den Künsten der Naturbeherrschung. Einsam und aus eigener Kraft mußten sie sich in Zukunft den Weg zu den Höhen der Zivilisation bahnen.«

Na, wenn schon, werden die Sowjetrussen und ihre asiatischen Verbündeten zu diesem Frieden sagen. Uns Europäer muß dieses Buch eine ganz entscheidende Wahrheit über den deutschen Nationalsozialismus enthüllt haben. Hitler fürchtet nicht die Angriffslust der Sowjetunion, sondern ihre Unbesiegbarkeit. Er fürchtet, daß die festen Bündnisse Frankreichs und der Kleinen Entente mit Rußland ihm selbst in Europa den Weg zur Vorherrschaft verlegen kann und wird.

Nationalsozialistischer Geschichtsunterricht

Die Schulungsbeilage der Zeitschrift des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen in Berlin bemüht sich, den Angestellten der Krankenkassen neben fachlichen auch geschichtliche Kenntnisse beizubringen. Auf diesem Gebiet betätigt sich ein gewisser F. H. Woweris, Md. R. Es ist erstaunlich, was nationalsozialistische Geschichtslehrer alles erfinden müssen, um die abgrundtiefe Verworfenheit der liberalistischen und streng wissenschaftlichen Konkurrenz zu kennzeichnen. So behauptet Pg. Woweris, daß die liberalistische Geschichtsforschung nach den Grundsätzen Geschichte des deutschen Volkes gelehrt habe, die in der vergessenen »Aeltesten Geschichte der Deutschen« von 1806 von J. Chr. Adelung vertreten wurden: Der Germane wurde dort als »ein Tier, welches schläft, wenn man es nicht jagt oder frisst«, bezeichnet. Dem Krankenkassenbeamten, der das lernen muß, wird ganz schaurig zumute, wenn Herr Woweris ihm zuruft: »So schändeten wir uns selbst durch unwürdige Darstellung der Ahnen in Buch und Bühne und trieben Hochverrat an dem geistigen Selbstbewußtsein der Nation.« Nach Herrn Woweris gab es »eine Zeit... in der das Schrifttum fast den Eindruck vermittelte, als ob auf deutschem Boden einst nur Kelten, Römer, Slawen und namenlose vorgeschichtliche Stämme gesessen hätten.« Leider hat keiner von uns diese Zeit miterlebt.

Für Pg. Woweris ist es eine Schande, daß die Germanen eine jüngere Kultur haben als andere Völker, die sich unter günstigeren Bedingungen entwickelten. Die germanische Kultur war nach Woweris so hochstehend und bedurfte so wenig fremder Anregungen, »daß 500 Jahre Nachbarschaft am Rhein fast gar keine engeren Beziehungen zwischen römischem und germanischem Volkstum entstehen ließen. Die Uebnahme der lateinischen Schrift in abgewandelter Form im Runenalphabet, eine der wichtigsten Kulturerrungenschaften, ist für Woweris und seine Kollegen wohl auch nur eine jüdische Erfindung?

Wozu die Verbreitung dieses pseudohistorischen Unsinn dient, erhellt aus folgendem Satz: »Wie wäre die Haltung unseres Volkes 1917 und 1918 gewesen, wenn es statt des verbrecherischen Bethmann-Hollweg-Wortes vom »Unrecht an Belgien« allgemein klar gewußt hätte, daß sein stolzes Heer im Westen an unserer historischen Hoheitsgrenze von 870 und im Osten an der alten deutschen Geltungsgrenze unseres mittelalterlichen Rechts stand?« Nach Ansicht von Pg. Woweris hätte das deutsche Volk dann schon 1917 und 1918 sich nicht um den Hunger und die verbrecherische Ausbeutungs- und Anexionspolitik der späteren Geldgeber der

Nationalsozialisten gekümmert, sondern die Prüfungsfrage beantwortet, die Pg. Woweris seinem Artikel anhängt: »Weshalb dient unser neues, werdendes Geschichtsbild auch der menschlichen Entwicklung und dem allgemeinen Gemeinschaftsleben der Völker (Friedenspolitik) in stärkerem Maße als das früher vermittelte Geschichtsbild?«

Schacht als Vorbild

Die Industrie- und Handelskammer in Südhannover klagt öffentlich über die schlechten Zahlungssitten, die sich im Geschäftsverkehr eingebürgert hätten. Trotz der von allen zuständigen Stellen betriebenen Aufklärung würden vielfach Zahlungsfristen eigenmächtig überschritten und unberechtigte Absätze von Rechnungen vorgenommen. Der Kammer-syndikus sieht sich sogar zu der Feststellung veranlaßt, daß diese Unsitte nicht nur bei privaten Käufern und Auftraggebern festzustellen sei.

Das kann wohl nicht anders aufgefaßt werden als so, daß auch die öffentlichen Auftraggeber und die Gliederungen der NSDAP sich der schlechten Zahlungssitten bedienen.

Wir vermögen freilich die Berechtigung dieser Klage nicht einzusehen. Denn die Industrie- und Handelskammer von Südhannover findet es sicher in Ordnung, daß der Reichswirtschaftsminister und Reichsbankdirektor Dr. Schacht die noch schlechteren